

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiler Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7953.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 9. März 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die städtischen Baubehörden als Abnehmer von Steinbruchzeugnissen. — Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetz. — Eine Petition an den badischen Landtag. — Korrespondenzen. — Internationale Bauausstellung in Leipzig. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.  
Beilage: Die wertvollsten und verächtlichsten Elemente. — Konferenz des 9. Gau (Karlsruhe). — In die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Von der Entwicklung des Bauwesens. III. — Das Kind der Magd.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Kappelrodt: Größteingehäufte R. Eid. — Deheln (Baden): Firma Minner. — Lichtenberg bei Berlin: Mühlfabrik Goldammer. — Roth am Sand: Granitwerk Wiser. — Osterwald: Sandsteinwerk Meier & Illemann. — Hannover: Marmorwerk Wegener.

**Brandenburg.** Hier kam eine Tarifverlängerung zustande. Die Stundenlöhne werden in je 2 Staffeln um 2 Pfg. erhöht.

**Strehlen (Schlesien).** Mit dem Granitwerksbesitzer Schall kam soeben erstmalig ein Tarifabschluß zustande. Die Regelung der Arbeitslöhne für die Hilfsarbeiter, Brecher und Pflastersteinmacher ist im Tarif, welcher für etwa 680 Kollegen Gültigkeit hat, genau vorgenommen worden. Wir kommen auf diesen, für die Granitindustrie bedeutungsvollen Abschluß, noch zurück.

**Leipzig.** Der Tarif der Marmorarbeiter ist auf 3 Jahre erneut abgeschlossen. Die Minimallöhne steigen für Hauer und Schleifer ab 1. März jedes Jahres um 3, 2 und 2 Pfg., so daß sie im letzten Vertragsjahre für Hauer 65 und für Schleifer 55 Pfg. betragen. Der Affordtarif, der nur für Schleifer besteht, wurde ebenfalls aufgebessert und noch einige sonstige Vergünstigungen dem Tarif eingefügt.

**Einbeck.** Im hiesigen Kalksteinbruch sind 42 Kollegen wegen zu niedriger Bezahlung am 26. Februar in den Streik getreten. Die Streitenden sind Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes.

**Bahn (Schlesien).** Im Sandsteinwerk Anders wurden die Steinmehnen entlassen. Die Kollegen nehmen an, daß es sich um eine Maßregelung handelt.

**Giershagen.** Wegen Lohn Differenzen ist die Firma Bredeler gesperrt.

**Hauzenberg (Niederbayern).** Bei der Firma Schuller sind die Differenzen erledigt. Die Ausgesperrten werden wieder eingestellt.

**Gera.** Der Streik bei Firma Korb & Löpelmann dauert fort. Die Kollegen werden ersucht, Gera unbedingt zu meiden.

**Osterholz.** Für die hiesigen Brecher wurde die Lohnbewegung beendet. Die Stundenlöhne erhöhen sich ab 1. April 1912 von 36 auf 38 Pfg. und ab 1. April 1913 auf 39 Pfg. Auch wurde der Afford beim Felsenbrechen pro Kubikmeter erhöht.

**Laufamholz bei Nürnberg.** Der Steinbruchunternehmer Bed will nicht mehr nach dem vereinbarten Tarif bezahlen. Neun Brecher und zwei Hilfsarbeiter legten deshalb die Arbeit nieder.

**Munkirchen.** Bei der Bayerischen Granit-Aktien-Gesellschaft sind wegen Einführung des Affords Differenzen ausgebrochen.

**Wellerode.** Die Firma Sieke sperrte zirka 90 Steinarbeiter aus. Zuzug nach Wattenbach und Wellerode bei Kassel ist streng ferngehalten. Ein Teil der Kollegen ist anderweitig untergebracht.

**Zinnhain.** Die Basaltarbeiter der Firma „Westerwald-Brüche“ haben wegen Lohn Differenzen ihre Kündigung eingereicht.

**Schweiz.** Nach St. Margrethen ist Zuzug streng ferngehalten. Die aus der Rheinpfalz zugezogenen Streikbrecher üben ihr schändliches Gewerbe immer noch aus.

**In Oesterreich-Ungarn** sind gesperrt: Oplotnik (Granitwerk Ceslaf), Budapest (Melocco, Balla), Temesvar (Georg Kupfer), Esseg (Firma Hendrich).

## Die städtischen Baubehörden als Abnehmer von Steinbruchzeugnissen.

Die deutsche Steinindustrie erhält von den Stadtverwaltungen große Aufträge überwiesen. Es dürfte Hartsteinindustrielle geben, welche beinahe ausnahmslos städtische Lieferungen ausführen. In sanitärer und vorzüglicher Beziehung leisten die meisten Städte Vorzügliches, es werden besonders die Straßenbau- und Kanalarbeiten mit Aufbringung großer finanzieller Opfer fräftig waren und den Straßenbau nicht aufhalten zu lassen. Zeit bringen konnten, werden in Zukunft da sicherer nachholen, denn auch unter den Städten ist erfreulicherweise ein Wettbewerb zu beobachten in bezug auf Straßenbau, Kanalisation usw. Ohne Ueberhebung darf gesagt werden, daß auch in Zukunft die Steinindustriellen

an unsern Stadtverwaltungen gute Abnehmer haben werden. Um nun einen Ueberblick zu bekommen, welche gewaltigen Steinquanten einzelne Städte in den Jahren 1909/10 bezogen hatten, haben wir unter 100 Städten eine Enquete veranstaltet. Leider wurden bloß 38 Fragebogen beantwortet, insbesondere wurde uns von den meisten Großstädten keine Auskunft. Meist gab man uns den Bescheid, „es mangle an Zeit, das Verlangte im Bauamt zusammenstellen zu lassen.“ Die Enquete ergab folgendes Bild (siehe untenstehende Tabelle). Diese 38 Städte gaben somit im Laufe zweier Jahre für Steinlieferungen 11 717 027 M. aus. Das ist eine gewaltige Summe.

Auch andre Städte hatten großen Steinbedarf. Die Stadt München hatte für das Jahr 1911 nötig:  
49 680 Quadratmeter Kleinpflaster  
65 168 „ „ Koppsteine.

Wohlbemerkt, in einem Jahre bezieht München ein so großes Steinquantum.

Andre Städte haben zu Beginn des Jahres 1912 ebenfalls große Submissionen ausgeschrieben.

Altona benötigt 4500 Kubikmeter Pflastersteine und 8000 Meter Bordsteine.

Düsseldorf 20 000 Kubikmeter Basaltsteinschlag. Elberfeld 6500 Kubikmeter Kleinschlag aus Basalt oder Grauwacke.

Nürnberg 1 176 000 Stück Pflastersteine und 12 450 Meter Randsteine, und so könnten wir noch Duzende von Submissionen anführen.

Aus unserer Enquete ergibt sich nun ohne weiteres, welche enorme Summen die Stadtverwaltungen für Pflastersteine, Trottoirplatten, Kollierungsmaterial, Badlager usw. ausgeben. Die Herren Steinbruchbesitzer liefern sehr gern für die Behörden, weil sie in finanzieller Beziehung absolut kein Risiko zu befürchten haben. Da sind natürlich die Steinmeister, welche häufig dem Bauspekulantentum zum Opfer fallen, bedeutend schlimmer daran. Wir glauben deshalb berechtigt zu sein, zu sagen, daß die Herren Hartsteinindustriellen unter sehr günstigen geschäftlichen Umständen arbeiten können.

Auffällig ist, daß sich das Asphaltpflaster nicht die gewaltige Verbreitung sichern konnte, wie selbst Fachleute vielfach annehmen. Allerdings die Städte Charlottenburg, Schöneberg und Wiesbaden haben sehr viele Straßen asphaltiert. Als demilitarisierendes Pflasterungsmaterial müssen aber doch die Hartgesteine angesehen werden. Die meisten Städte verwenden nur deutsche Pflastersteinmaterialien, die Schweden tauchen dort als Konkurrenten auf, wenn sie beim Transport den Wasserweg benützen können.

Bewunderung muß es erregen, daß sich die städtischen Baubehörden bisher nicht darum bekümmerten, in welcher miserablen Weise die Steinindustriellen ihre Arbeiter entlohnten. — Da muß in Zukunft der Hebel angefaßt werden. Die Rubrik: „Wird den Lieferanten aufgegeben, sich mit den

Städte	Welche Summen gab die Stadtverwaltung aus für								In zwei Jahren wurden f. Steinliefer. ausgegeben	Die Straßen sind gepflastert mit:								Aus welchen Bezirken werden die Steine bezogen?	Wird den Lieferanten aufgegeben, sich mit den Lieferanten zu verhalten?	
	Bordsteine		Pflastersteine		Trottoirplatt. u. Bordsteine		Badlager- u. Kollierungsmaterial			Granit, Diabas, Porit	Basalt	Porphy	Grauwacke	Fels	Asphalt	Schluff	Kleinpflaster			
	1909	1910	1909	1910	1909	1910	1909	1910												qm
Aachen	—	—	115486	199787	63089	66151	56267	42209	542989	—	2586	482353	6299	6348	200	22788	Aus den Brücken an der Sieg u. Agger	nein		
Affenburg	—	—	39530	42850	12810	10090	9022	4500	118802	43000	90000	—	—	—	21000	16000	Rödnitz, Weucha und Penig	ja		
Augsburg	—	—	218362	90229	10841	21117	11217	19045	370811	265862	—	—	2943	25952	1298	16809	Bayerischer Wald und Vogelsberg	nein		
Bremerhaven	7854	29677	12576	4662	6514	10617	—	—	71400	—	—	—	—	—	—	—	Piesberg, Börtel und Schweden	nein		
Bremen	—	—	339100	492600	227000	287300	17000	63200	1425200	1504600	—	—	16440	50070	30090	20740	Carlshafen, Ralsfeld u. Schweden	nein		
Bonn	—	—	200000	85000	54730	34400	44500	50000	418630	9200	283200	2600	4400	52300	—	17200	Westerwald, Niedermendig u. Schweden	nein		
Bodum	1000	7900	91000	135000	19000	62000	30000	59000	404900	—	—	—	—	—	—	—	Westerwald und Schweden	nein		
Charlottenburg	28087	87101	67165	105804	157490	142938	36076	34159	608820	164676	—	—	60042	839923	3348	7012	Schweden, Schlesien und Sachsen	nein		
Chemnitz	—	—	182000	123800	4900	4600	107400	148500	571200	375880	—	—	12920	12170	2610	32010	Wittweida, Lütznitz, Brandis u. Demitz	nein		
Darmstadt	—	—	92753	2716	13044	2467	9735	4924	125338	278520	—	—	1912	3906	—	14320	Rohrbach b. Darmstadt und Pfalz	nein		
Danzig	—	—	58628	38618	34754	29634	5795	37240	204669	648500	—	—	850	8800	—	73000	Schweden	nein		
Deßau	—	43000	83000	21600	25400	9300	—	—	182300	289440	—	—	4200	—	—	18600	Leipziger Bezirk	nein		
Dörlitz	—	—	20000	25000	3000	13000	7000	8000	76000	117000	356000	—	—	—	—	—	—	Königshain, Hilbersdorf u. Oberlausitz	nein	
Hagen	6108	20000	35072	26251	83809	93094	33457	46996	344287	—	—	—	—	9150	—	21427	Hagen und Sauerland	nein		
Heidelberg	5860	5982	24500	19787	2042	3493	38182	50765	150611	113650	2900	—	1450	20691	24520	700	Rheinpfalz und Siegtkreis	nein		
Hildesheim	—	—	—	41000	—	36000	—	7000	84000	880	7500	—	—	—	1700	7500	Kasseler Gegend und Sachsen	nein		
Königsbrunn	—	—	3000	4500	6500	12000	3800	4500	34300	100900	—	—	3400	—	—	—	Bezirk Breslau	nein		
Kiel	—	—	385000	145000	124300	70000	70000	8000	802300	768400	12764	—	3671	22424	5264	24722	Niederhessen und Schweden	nein		
Lübeck	20852	—	69900	127690	16562	21910	22187	17710	296811	442611	57358	—	2000	1569	3005	12404	Schweden, Dänemark und Belgien	nein		
Lichtenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	463800	—	172700	—	16900	8200	200	—	Schlesien, Sachsen und Schweden	nein	
Ludwigshafen	7250	48612	38500	20800	3600	6500	17825	16760	154847	176640	8000	—	—	400	200	—	Rammelsbach und Ring a. Rhein	ja		
Mühlhausen (Clf.)	—	—	—	3453	56383	18884	61753	57144	197617	41410	—	—	838	76308	7645	9680	Wöllingshafen und Randern	nein		
M. Gladbach	—	—	—	223200	—	—	—	12000	235200	11100	113600	96000	37000	9500	—	—	—	Westerwald, Pfalz und Belgien	nein	
Osanabrück	—	—	73143	124507	34176	38897	25000	22000	317723	—	—	—	—	—	—	—	—	Piesberger und Ebersberger Brücke	nein	
Pirmasens	6500	18500	25000	36000	17000	24000	5000	6000	133000	125000	—	—	—	—	—	—	—	Kufel	nein	
Rottam	—	—	125651	69800	17668	10215	—	—	223334	—	—	—	—	—	—	—	—	Schweden und Weucha	nein	
Reyt	—	—	—	15000	—	16000	—	35000	66000	—	19000	36000	—	5000	—	2400	—	Westerwald	nein	
Wiesbaden	—	—	181090	162070	34120	48210	46880	18230	490100	—	—	—	—	16760	122140	3554	77120	Schwarzwaldb., Odenwald und Pfalz	ja	
Wilhelmsshafen	—	—	—	75000	—	10000	—	—	85000	771000	2313000	—	—	750	—	—	—	Nordwegen	nein	
Würzburg	—	—	38717	36268	20360	14410	42000	38000	189755	7960	337946	2261	—	1653	—	3866	—	Hessen und Bayerischer Wald	nein	
Altona	50000	—	194495	69336	8214	10633	—	—	332678	699153	—	—	3360	13132	20242	12346	—	Nichts angegeben	nein	
Eisenach	—	—	31312	13693	16741	8938	18149	8813	97646	?	?	?	?	?	?	?	?	—	Kasseler Gebiet und Sachsen	nein
Meißen	—	—	18770	62398	15571	18110	12299	37117	159260	5665	490	250	—	—	—	3270	—	Odenwald, Vogesen Westerwald	nein	
Reichen	3777	714	35600	38800	4500	7600	8700	6300	105991	76400	—	—	—	—	3600	2200	—	Zschella, Lausitz	nein	
Mühlheim a. d. R.	—	—	108499	70812	34386	36585	71221	135673	457476	64000	1000	1200	—	20000	106000	—	—	Ruhr und Pfalz	nein	
Plauen	39744	15393	133093	73253	43181	43020	20267	23022	339073	402100	—	—	—	1600	24000	3000	—	Sachsen und Bayern	nein	
Schöneberg	60000	20000	44500	52500	58500	122300	—	—	339800	272000	—	—	5000	439000	—	—	—	Schweden	nein	
Spandau	16900	17000	312500	50800	21900	41520	21900	45850	528370	480000	—	—	—	—	—	—	—	Sachsen, Böhmen und Schweden	nein	

\* Ruhrkohlen-Sandstein.

Summa 11717027

Arbeitern über Lohnfragen zu verständigen?", weist his auf drei Städte als Antwort "Nein" auf. So etwas ist in dem Lande der vielgerühmten Sozialpolitik einfach beizubringen. Aber wir werden unausgesetzt von den Baubehörden fordern, daß die Steinindustriellen veranlaßt werden, sich mit ihren Arbeitern über die Lohn- und Arbeitszeitfragen zu verständigen. Die Steinindustriellen müssen behördlicherseits gezwungen werden, daß sie mit den Steinarbeitern Tarife eingehen.

Durchschlagende praktische Gründe, welche gegen die Abschließung von Tarifverträgen in der Hartsteinindustrie sprechen, können von den Unternehmern nicht vorgebracht werden. Und überdies ist die Kalkulation in den Pflastersteinbrüchen und Schotterwerken bedeutend einfacher als in den reinen Steinmehlbetrieben, in denen die kompliziertesten Werkstücke angefertigt werden.

Wir wissen, daß es die Unternehmer bisher in „glänzender“ Weise verstanden haben, ihre eigne wirtschaftliche Lage bei den Behörden als recht ungünstig hinzustellen. Das Unternehmertum hat in dieser Beziehung mit Uebertreibungen gearbeitet, welche geradezu zur Bewunderung herausfordern.

Von den ungeheuren Aufträgen, welche der Hartsteinindustrie behördlicherseits zukommen, streichen die Unternehmer erhebliche Profite ein, die Arbeiter dieser Industrie aber gehören zu den schlechtestbegünstigten im ganzen Reiche.

Bisher haben die Arbeiter den Dank eines Teils der Unternehmer dahingehend geerntet, daß man die Arbeiterschutzvorschriften ignorierte, die Löhne reduzierte, sie beim Messen der hergestellten Erzeugnisse übertriebene, Prämien- und Sperrsysteme schuf, kurzum alles tat, um die Arbeiter in wirtschaftlicher Beziehung niederzuhalten.

Die Abschließung von Tarifverträgen in der deutschen Hartsteinindustrie wird sich in Zukunft durchsetzen, weil es auch die Behörden nicht weiter mit ansehen werden, daß die Wünsche der Arbeiter von den Unternehmern so mißachtet werden.

## Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetz.

Beim Zusammentritt des neuen Reichstags hat die Regierung dem Hause Entwurfe eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, sowie eines Gesetzes zur Wänderung des Reichsmilitärgesetzes und der Wehrpflicht gegeben. Auf diese Entwürfe soll in nächstehendem kurz eingegangen werden.

Das zurzeit bestehende Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- (Reichs-) und Staatsangehörigkeit datiert vom 1. Juni 1870. Nach der amtlichen Begründung sollen nun die Verhältnisse seit dem Erlasse dieses Gesetzes eine durchgreifende Wandlung erfahren haben. Mit der Gründung des Reichs und dem mit dessen Fortschritt verbundenen Wandel der Beziehungen der Reichsangehörigen mehr und mehr in den Vordergrund getreten und es wird dann zugegeben, daß die gesetzlichen Grundlagen der Staatsangehörigkeit den veränderten Bedürfnissen nicht mehr in allen Teilen genügen. Nach dem geltenden Gesetze verlieren Deutsche, welche das Reich verlassen und sich zehn Jahre lang ununterbrochen im Auslande aufhalten, dadurch ihre Staatsangehörigkeit. Dieser Verlust erstreckt sich zugleich auf die Ehefrau und auf diejenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Ausgewanderten kraft elterlicher Gewalt zugeht, soweit sich die Ehefrau oder die Minderjährigen befinden. Ausgenommen sind Töchter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind. Diese Vorschriften sollen nun befristet werden. Nach der Begründung wäre die Annahme, daß das Land der Nationalität zwischen dem Vaterland und einem Fremden, der sich zehn Jahre hindurch ununterbrochen im Auslande aufgehalten hat, tatsächlich gelöst sei, als zutreffend nicht mehr gelten. Das vom jetzigen Gesetze den Auswanderern zur Abwendung des Verlustes der Staatsangehörigkeit an die Hand gegebene Mittel der Eintragung in die Konsulatsmatrikel habe im großen und ganzen versagt, da von diesem Mittel teils aus Unkenntnis, teils aus Sammeligkeit nur ein verhältnismäßig sehr geringer Gebrauch gemacht würde. Der Verlust der Staatsangehörigkeit könne aber auf die Dauer nicht durch Verkümmung einer Formalität herbeigeführt werden.

Nur der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit würde den Verlust der früheren Staatsangehörigkeit zur Folge haben und zwar, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag oder auf den Antrag des Ehepartners oder des gesetzlichen Vertreters erfolgt, die Ehefrau und der Betreffende jedoch nur, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen für diese Personen die Entlassung beantragt werden kann. Diese Voraussetzungen hat das neue Gesetz wie folgt formuliert: „Die Entlassung einer Ehefrau kann nur von dem Manne und, sofern dieser ein Deutscher ist, nur zugleich mit seiner Entlassung beantragt werden. Der Antrag bedarf der Zustimmung der Frau. Die Entlassung einer Person, die unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, kann nur von dem gesetzlichen Vertreter und nur mit Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ist nicht erforderlich, wenn der Vater oder die Mutter die Entlassung für sich und zugleich kraft elterlicher Gewalt für ein Kind beantragt.“ Die Staatsangehörigkeit verliert jedoch nicht, wer von dem Erwerber der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde seines Heimatstaates zur Beibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Vor Erteilung dieser Genehmigung ist der deutsche Konsul zu hören. Unter Zustimmung des Bundesrats soll vom Reichskanzler aber auch angeordnet werden können, daß Personen, welche die Staatsangehörigkeit in einem bestimmten ausländischen Staate erwerben wollen, die Genehmigung zur Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit verweigert werden kann. Damit soll zugleich dem württembergischen (1) Interesse des Reichs Rechnung getragen werden. Dieses Interesse föhne die Verfassung der Genehmigung dort erhellen, wo der fremde Staat von den Aufzunehmenden etwa die Abwägung der Pflichten gegen ihr früheres Vaterland verlange.

Der Verlust der Staatsangehörigkeit ist in dem neuen Entwurf auch bei Verletzung der Wehrpflicht vorgesehen. Die Militärpflicht beginnt bekanntlich mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in dem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert solange, bis über seine Dienstverpflichtung endgültig entschieden ist. Nach der amtlichen Begründung soll es nun eine unbillige Härte sein, wenn jede Verletzung der Stellungspflichtigen den Verlust der Staatsangehörigkeit zur Folge haben sollte. Diese Wirkung müßte vielmehr solange ausgesetzt bleiben, als noch von dem Militärpflichtigen angenommen werden könne, daß er auf Regelung seiner Militärverhältnisse Wert lege. In dem Entwurf sei diese Frist deshalb auf elf Jahre bemessen. Bis zur Vollendung des 31. Lebensjahres müsse daher der Militärpflichtige, falls er nicht etwa seine Zurückstellung über diesen Zeitpunkt hinaus erwirkt habe, eine endgültige Entscheidung über seine Dienstverpflichtung erhalten haben. Ist dies nicht geschehen, dann trete der Verlust der Staatsangehörigkeit ein. Außerdem soll nach die Schenkung den Verlust der Staatsangehörigkeit zur Folge haben.

Nach dem Entwurf eines Reichsmilitärgesetzes kann Militärpflichtigen bei dauerndem Aufenthalt in einem außeruropäischen Lande die Zurückstellung bis zu einer Gesamtdauer von vier Jahren erfolgen. Diese Vorschriften gelten nicht für ein Schutzgebiet, in dem eine Schutztruppe besteht. Militärpflichtige, die sich in einem außereuropäischen Lande eine feste Stellung als Kaufmann, Gewerbetreibender usw. erworben haben, können nach Ablauf der Frist, für die sie zurückgestellt sind, frühestens jedoch nach Ablauf des

vierten Dienstpflichtjahres, auf ihr Ansuchen durch die Ortsbehörde bitter Instanz dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen werden. Dieser Vergünstigung darf jedoch den Militärpflichtigen nur gewährt werden, wenn bei Ableitung der aktiven Dienstpflicht, sei es im Reichsgebiete, sei es in einem Schutzgebiet, ihre Stellung oder ihr in dem außereuropäischen Lande angelegtes Vermögen gefährdet sein würde, auch kein Anhalt dafür vorliegt, daß die Voraussetzungen der Ueberweisung zum Landsturm zur Umgehung der Dienstpflicht herbeigeführt worden sind.

Was nun die Aufnahme in einem deutschen Bundesstaate anbetreift, so sind auch hier mehrere Änderungen gegenüber dem jetzigen Gesetze vorgesehen. Wie bisher kann, aber nicht muß ein Ausländer aufgenommen werden. Die Aufnahme soll nun in Zukunft erst erfolgen dürfen, wenn durch Vermittlung des Reichskanzlers festgestellt worden ist, daß die übrigen Bundesstaaten keine Bedenken dagegen erheben; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet über die Zulässigkeit der Aufnahme der Bundesrat. Diese erdverwendenden Vorschriften finden keine Anwendung auf ehemalige Angehörige des Bundesstaats, auf deren Kinder oder Enkel sowie auf Personen, die von einem Angehörigen dieses Staates an Kindesstatt angenommen sind, es sei denn, daß der Antragsteller einem ausländischen Staate angehört. Eine Erleichterung bringt der Entwurf der Witwe oder geschiedenen Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit der Eheschließung eine Deutsche war und die sich im Inlande niedergelassen hat. Diesen Personen wird auf ihren Antrag die Aufnahme von dem Bundesstaate, den sie früher angehörten, erteilt, wenn sie unbeschränkt geschäftsfähig und einen unbeschränkten Lebenswandel geführt haben. Zu dieser für die Witwe resp. geschiedenen Ehefrau vorgesehenen Erleichterung hat man sich entschlossen, weil die meisten ausländischen Staaten in dieser Beziehung Deutschland schon zuvor waren. Jetzt endlich sieht man ein, daß es in der Billigkeit liegt, Witwen und geschiedenen Ehefrauen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, den Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit in ihrem Heimatstaate zu ermöglichen.

Während man bisher die Staatsangehörigkeit in familiären deutschen Bundesstaaten erwerben konnte, soll dies nach der Vorlage in Zukunft nicht mehr zulässig sein. Der Angehörige eines Bundesstaats soll nämlich seine Staatsangehörigkeit in diesem Staate mit der Aufnahme in einen andern Bundesstaat verlieren. Nach der amtlichen Begründung erhebe die gleichzeitige Staatsangehörigkeit in mehreren Bundesstaaten im allgemeinen unerwünscht. Nur für Beamte sind Ausnahmen vorgesehen. Die Aufnahme soll nun dem Angehörigen eines Bundesstaats von jedem andern Bundesstaate, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, auf seinen Antrag erteilt werden, sofern kein Grund vorliegt, der nach den §§ 3 bis 5 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 die Abweisung eines Neuanziehenden oder die Verfassung der Fortsetzung des Aufenthalts rechtfertigt. Nach dem Gesetz über die Freizügigkeit ist die Gemeinde zur Abweisung eines neu Anziehenden nur dann befugt, wenn sie nachweisen kann, daß derselbe nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen, und, wenn er solchen weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann, noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. Die Befugnis vorläufiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung. Inwieweit befristete Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden. In Preußen können da z. B. nach einem Gesetz vom 31. Dezember 1842 Personen, die zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch die Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen darstellten, in irgend einer andern Strafe verurteilt worden sind, von dem Aufenthalte an einem neu anziehenden Orte ebenfalls ausgeschlossen werden. In welcher Weise man in Preußen diese gesetzlichen Bestimmungen früher gehandhabt hat, erzählt die breite Deffentlichkeit nach dem „berühmten“ Einzuge des „Hauptmanns“ Voigt in Köpenick. Seit dieser Zeit scheint ja eine etwas mildere Auslegung Platz gegriffen zu haben. Aufgabe des Reichstags wird es sein, alle vorläufigen Bestimmungen aus dem Gesetzentwurfe zu streichen und die die Aufnahme im Staatsverband noch erschwerenden zu beseitigen.

## Eine Petition an den badischen Landtag.

Die **Saß des** Karlsruhe hat am 1. März 1912 an den badischen Landtag eine Petition gelangen lassen, welche nachstehenden Inhalt hat:

„Ich, **Saß des**, habe gestattet sich im Auftrage seiner Mitglieder zum Zwecke einer hohen Zweiten Kammer nachfolgende Petition zu unterbreiten:

Die hohe Zweite Kammer beschloß in ihrer 112. öffentlichen Sitzung vom 6. Juli 1910, unsere damalige Petition der Großherzoglichen Regierung empfehlend, resp. zur Kenntnisnahme zu überreichen. Leider ist eine Besserung der in der Petition geschilderten Mißstände seitdem nicht eingetreten. Die Erkrankungsziffer wie die Unfallhäufigkeit zeigt eine ununterbrochene Steigerung. Nach der vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands geführten Statistik erkrankten von den im Beruf Beschäftigten:

Jahr	1906	1907	1908	1909
Erkrankungsziffer	25,8%	25,1%	31,2%	32,8%

  

Jahr	1885	1890	1895	1900	1905	1910
Anfallhäufigkeit	34,6	34,9	45,9	47,4	63,3	68,8

Noch in schärferem Maße kommt eine Zunahme bei der Unfallhäufigkeit zum Ausdruck. Nach den amtlichen Veröffentlichungen der Steinbruchsberufsgenossenschaft entfielen in den Steinbruchbetrieben auf 1000 Vollarbeiter gemeldete Unfälle:

Die Ursachen der steigenden Erkrankungsziffer und der Unfallhäufigkeit sind auf die zunehmende Intensität der Arbeit und den wachsenden beharrlichen Widerstand der Unternehmer gegen die Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu suchen. Erleichtert wird das ungesunde Verhalten der Unternehmer durch die unzulängliche Kontrolle und Ueberwachung der Betriebe.

Wir verweisen auf die ausführlichen Schilderungen unserer Petition vom Jahre 1910 und betonen ausdrücklich, daß unsere Bitte nicht auf Ausdehnung der Schutzvorschriften gerichtet ist, sondern lediglich Maßnahmen zur strikten Durchführung der bestehenden Gesetze und Verordnungen bezweckt. Auch trifft die erhobene Einwendung der Benachteiligung badischer Unternehmer gegenüber andern Unternehmern nicht zu, da in keinem andern Bundesstaate Verstöße in so großer Zahl wie in Baden anzutreffen sind.

Zu Wiederholung und Ergänzung unserer im Jahre 1910 geäußerten Wünsche bitten wir daher, die hohe Zweite Kammer wolle beschließen:

1. Zum Zwecke einer dauernden, alle Betriebe der Steinindustrie umfassenden Kontrolle werden der Fabrikinspektion Aufsichtsborgane aus den Reihen der Arbeitererschaft zugeteilt, die mit den nötigen praktischen Kenntnissen des Steinbruchs- und Steinhauereibetriebes ausgerüstet sind.
2. Die Uebertragung staatlicher Aufträge erfolgt nur an solche Firmen, deren Betriebseinrichtungen der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1909, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien, und den Unfallverhütungsvorschriften entsprechen.
3. Bevorzugt bei den Lieferungen sind solche Firmen, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern tariflich geregelt sind.
4. Firmen, die in bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihrer Arbeiter unbillig halten, sind von den Lieferungen auszuschließen. Insbesondere werden Firmen, die der Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter Schwierigkeiten machen, ausgeschlossen.

5. Eine Weitervergebung der übertragener Arbeiten an sogenannte Unterakkordanten ist verboten.
6. Verstöße gegen vorstehende Bestimmungen sowie Umgehung bestehender Tarife berechtigen zur Entziehung übertragener Aufträge.
7. Entsprechend der Verordnung vom 25. Juli 1908 sind die Unternehmer streng anzuhalten, bei staatlichen Arbeiten einheimische Arbeitskräfte vorzugsweise zu beschäftigen.
8. Bei staatlichen Arbeiten ist der heimischen Steinindustrie und dem Naturmaterial gegenüber ausländischem Material oder billigen minderwertigen Kunstprodukten (Kunststein, Beton) der Vorzug zu gewähren.

Hoffentlich findet diesmal die Regierung etwas mehr Berücksichtigung der Wünsche unserer Kollegen zu berücksichtigen. Welch traurige Berufsverhältnisse überdies in der badischen Steinindustrie herrschen, ging aus dem Artikel im letzten „Steinarbeiter“, welcher die Zustände im Schwarzwald behandelte, zur Genüge hervor.

## Korrespondenzen.

**Breda.** Am 25. Februar fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Kasino statt. Die Kollegen Adler, Wolf, Neumeier und Pedal wurden zur Gaukonferenz delegiert. Eine lebhaft debattierte Sitzung entpaukte sich in Verfassungsverhandlungen. Es wurde Klage geführt über die ungenügende Durchführung der Bundesratsverordnung. Der größte Teil der Mitglieder habe das Vertrauen zur Gewerbeinspektion verloren. Wird ein Betrieb revidiert, so legt der Herr Gewerbeinspektor sein Augenmerk darauf, daß ein jeder Kollege eine Brille trägt. Daß natürlich ein großer Teil der Kollegen gezwungen ist, im Freien zu arbeiten und somit allen Unbilden der Witterung ausgesetzt ist, scheint der Herr Gewerbeinspektor nicht zu sehen. Besonders hervorzuheben ist der Betrieb des Herrn Freijer am Kohlenberge. Dort befinden sich schon seit längerer Zeit überhängende Gesteine. Ein Absturz, und schwere Unglücksfälle sind die absolute Folge. Wie unvorsichtig und gleichgültig oft noch beim Schießen umgegangen wird, zeigt folgender Fall, der sich bei der Firma Paul u. Dollert abspielte. Ein Schroter entdeckte beim „Durchspalten“ eines Steins ein mit Dynamit beladenes Loch, welches jedenfalls einmal nicht losgegangen war. Wie leicht war es möglich, daß der Schuß beim Spalten losging und den Arbeiter, wenn nicht mehrere, zerrissen hätte. Wo ist hier der Schießrichter, der die Verantwortung zu tragen hat? Der Kollege Schlegel wies darauf hin, daß von seiten der Lokalverwaltung kein Mittel verschont geblieben sei, auf diesem Gebiet Abhilfe zu schaffen. Sei es durch Eingabe an die Gewerbeinspektion oder an das Reichsamt des Innern zwecks Anstellung amtlicher Bruchkontrolleure. Ein besonderes Interesse erweckte der Leitartikel in Nr. 3 des „Steinarbeiters“, von welchem einige Abschnitte vom Vorsitzenden verlesen und von den Kollegen recht eingehend debattiert wurden.

**Eiterhagen.** Am 24. Februar tagte hier unsere Quartalsversammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung. Der Kassenbestand beträgt 81,33 Mk. Dann wurde der Antrag gestellt, daß, wenn die Hilfsarbeiter die Arbeit wegen schlechtem Wetter einstellen und nach Hause gehen müssen, dieses auch die Zuriichter tun sollen. Geplagt wurde, daß die Pausen nicht richtig eingehalten werden. Besonders die Zuriichter verstoßen gegenüber einer solchen Selbstverständlichkeit sehr stark. Schatz gerügt wurde, daß sich einige Kollegen dem Alkoholgenuss übermäßig hingeben. Als organisierte Arbeiter müssen wir darauf bedacht sein, daß dieses Kasser immer mehr ansatzet wird. — In der Zahlstelle geht es hier sehr gut vorwärts. Wir wünschen nur, daß das nächste Mal der Versammlungsbesuch ein besserer wird.

**Floß (Oberpfalz).** Ein harter Schlag traf am 27. Februar die Zahlstelle Floß. Nach nur neuntägigem Krankenlager wurde uns unser treues und geschätztes Gründungsmitglied Michael Raas, 30 Jahre alt, durch den Tod entzogen. Er hinterläßt eine Frau mit zwei unehelichen Kindern. Wir glauben kein Andenken dadurch am besten zu bewahren, wenn wir so wie er es getan, für die Arbeiterbewegung weiter tätig sind. All die Anwohner und Schmähungen, die der Herr Pfarrer von Floß am Grabe vorbrachte, weisen wir entschieden zurück. Michael Raas hat jederzeit in uneigennütziger Weise für die Interessen seiner Mitarbeiter gekämpft und aufblühend unter der Kollegenchaft gewirkt. Dem Verstorbene werden wir dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Zahlstellenverwaltung.

**München.** Am 25. Februar fand im Restaurant Müllerbad unsere Monatsversammlung statt. Zum 1. Punkt: Verbandstag in München, gab der Vorsitzende bekannt, daß selbiger am 12. Mai und folgende Tage hier tagt. Zum erstenmal verkommenlich die Vertreter unseres Verbands in München. Wir werden alles daransetzen, den Kollegen die Tage, an denen sie hier verweilen, so angenehm wie nur möglich zu machen. Seiner mit Beifall angenommenen Bekanntgabe folgte eine kurze Diskussion, die sich mit den Ausführungen des Vorsitzenden deckte. Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Lint, Oswald Karl und Meng, wurde mit den vorläufigen Vorarbeiten betraut. Zum 2. Punkt: Frühjahrstagung, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, daß sich jeder einzelne mit der Agitation befassen soll, die Wäden in unfern Reiben müssen noch ausgefüllt werden. Er hatte ferner größere Versammlungen und Werkstättenbesprechungen für nicht so gewinnbringend als die Kleinagitation. Er vermahnte hauptsächlich auf das nächste Jahr, wo sämtliche Tarife ablaufen. Auf den Artikel in der „Münchener Post“, wo vor Zugzug der Kollegen nach Saalburg gewarnt wird, wurde nochmals hingewiesen.

**Neustadt.** Am 25. Februar fand unsere Generalversammlung im Lokal Eugen Deidesheimer statt. Nach Verlesung des Protokolls gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt. Dabei machte der Kassierer aufmerkbar, daß die rückständigen Kollegen dazu angehalten werden, ihre Bücher und Karten in Wäde in Ordnung zu bringen. Dem Kassierer wurde Entlastung zuteil. Aus der Neuwahl gingen hervor: als 1. Vorsitzender Wendel Jausel in Saardt, Kassierer Aug. Künzler in Neustadt, Schriftführer Jakob Mayer in Neustadt. Dann wurden noch die Revisoren und Nachkassierer gewählt. Zur Gaukonferenz wurde Künzler gewählt. In Punkt Gewerkschaftliches wurde debattiert über den Kostenspunkt eines unglücklichen Streitfalls, welcher lediglich bloß zwischen Alsenzer Kollegen und dem Unternehmer Semar in Neustadt ausgefochten werden mußte und uns viel Kaufereien und Scherereien machte. Diese Kollegen arbeiten zum Teil bei uns und leisten zu Hause ihre Beiträge. Mit einem ernsten Appell an die Kollegen, stets fest und trenn zur Organisation zu halten, schloß unser alter Vorsitzender die so anregende Versammlung.

**Steinach.** Am Sonntag, den 25. Februar, fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende machte die Versammlung mit den Vorarbeiten zur Lohnbewegung bekannt und betonte, daß im allgemeinen eine 10prozentige Lohnerhöhung vorgeschlagen sei. Hierauf nahm Kollege Rose das Wort und hielt über die Sache einen sehr instruktiven Vortrag. Doch wollen wir vorerst erklären, wie eigentlich die Staats- und Mohrischen Arbeiter dazu kamen, die Sache in die Wege zu leiten. Schon seit zehn Jahren wandten sich die staatlichen Griffelmacher und Häumer wiederholt mit Bittgesuchen aller Art um Lohnerhöhung an den Herrn Staatsrat Ziller und den Landtag. Doch jedesmal wurden wir kurz und bündig abgewiesen. Die Häumer, die im Oktober vorigen Jahres ein „Bittgesuch“ einreichten, erhielten eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 1 Pfg. pro Stunde. Die Griffelmacher sind sogar durch maschinelle Betriebseinrichtungen zu einer größeren Arbeitsleistung gezwungen worden. Der Gewinn des Staatsbetriebs hat sich dadurch wesentlich erhöht, doch der Lohn der Arbeiter ist der gleiche geblieben. Zu bemerken ist, daß sich das Mohrische Griffelgeschäft mit seinem Handbetrieb nach dem Staatsbetrieb, welcher maschinelle Kraft hat, richten muß. Die Griffelmacher des Mohrischen Geschäfts haben deshalb unter dem staatlichen Drucksystem stark zu leiden. Gelegentlich dieser Angelegenheit kam es in der

leihen Landtagsabstimmung zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Staatsrat Ziller und unserm Landtagsabgeordneten Weigelt. Herr Ziller betonte ausdrücklich, daß er nicht gewillt sei, mehr zu geben, da die Griffelmacher genug verdienten. Ja, sogar der liebevolle liberale Abgeordnete Samhammer erklärte, wenn es nicht behage, der sollte den Staub von seinen Füßen schütteln. Da sich nun die Griffelmacher bewußt waren, daß es so immer weiter gehen kann und darf, beschloßen sie, dem Deutschen Steinarbeiterverband beizutreten. Die Griffelmacher und Männer vom Staatsverband sind organisiert bis auf drei Mann, welche den Rang und Titel „Steinarbeiter“ befragen. Daß wir in der größten Not handeln, geht aus einem Artikel hervor, den seinerzeit der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Otto Gué, schrieb, der vorher unsre Verhältnisse in bezug auf Hygiene und Arbeitslohn genau studierte und sie als die schlechtesten von ganz Deutschland bezeichnete. Dieser Artikel brachte ihm, da er sich zu einer kleinen Äußerung gegen Staatsrat Ziller hinreizen ließ, zwei Monate Gefängnis ein. So sieht der Lohn eines Arbeiterführers aus. Nun wollen wir die Antwort abwarten, denn nach dieser wird sich unser weiteres Verhalten richten.

**Wurzeln.** Die am 28. Februar abgehaltene Versammlung war sehr kurz besucht. Es waren etwa 300 Kollegen, welche sich zu demselben einfinden. Ueber das Thema: Taktisches bei Lohnbewegungen referierte Kollege A. Staudinger. Derselbe beleuchtete einleitend die geführten Kämpfe im Baugewerbe und der Metallbranche und konstatierte insbesondere, wie heute an solchen Aktionen oft Zehntausende oder wie es momentan in England der Fall ist, sogar Hunderttausende von Arbeitern beteiligt sind. Solche gewaltige wirtschaftliche Erschütterungen beeinflussen naturgemäß die Deffenlichkeit im weitesten Maße. Redner schloß nun die großen Kämpfe, welche unser Verband zu führen hatte und betonte scharf, welche Nutzenwendung wir daraus ziehen müssen. Auch die Unternehmer „stifeln“ ihre Maßnahmen aus, desto geschickter muß die Taktik der Arbeiter sein. Redner kommt auf die Eingabe unsres Verbands zu sprechen gegenüber den Staats- und kommunalen Baubehörden. Wenn die Behörden in diesem Sinne bearbeitet werden, so sei das auch ein Teil taktischer Maßnahmen, um unsre Tarifbewegungen günstig zu beeinflussen. Redner spricht seine Genugtuung aus, daß im hiesigen Bezirk der Verband einen solchen Zuwachs aufweisen könne. Er ersucht dringend, daß auch hier baldigst ein Tarif zum Abschluß kommen möchte. Wenn die Unternehmer einseitig gegenüber der Organisation der Arbeiter wären, dann könnte mit Leichtigkeit ein Abschluß erzielt werden. — Die Diskussionsbewegung ging im zustimmenden Sinne. Kollege Bergmann berichtete unter großer Zustimmung, daß auch in Röhren die Pflastersteinarbeiter in der größten Mehrzahl dem Verbande angehören. Dann erledigte die Versammlung eine Krankenlistenangelegenheit der Firma Zschmann. An der Abstimmung beteiligten sich nur Leute dieses Betriebs. — Die Versammlung verlief in sehr angenehmer Weise.

**Anmerkung des Schriftführers.** Die Kollegen des hiesigen Bezirks sind über die Reichhaltigkeit eines Schießmeisters bei der Firma Busse (Witzig) sehr empört. Der Schießmeister baute 20 Dynamitpatronen auf und verfuhr dabei in folgender Weise. Dieses große Quantum Patronen legte er in einen mit Wasser gefüllten Topf. Der Topf wurde in der Höhe des gutgeheilten Kaminrohrs untergebracht. Der Schießmeister ging seinen Pantierungen im Bruch nach, da auf einmal gab es eine mächtige Explosion und die Kantine wurde zerstört, ebenfalls das Bureau. Es ist ein Glück hervorzuheben, daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Es sei betont, daß in der Kantine die 60 Kollegen ihre Bekleidungsgegenstände verloren und wenn der „vorsichtige“ Schießmeister seine Manipulation etwas später vorgenommen hätte, so hätte die ganze Belegschaft des Steinbruchs vernichtet werden können. Weiter sei festgestellt, daß der Schießmeister diesen Aufstaungsprozess schon öfters in jener Weise vorgenommen hat. Im Kontor befindet sich nach der Explosion noch Pulver und Dynamit. Es ist ebenfalls nur ein Zufall, wenn sich diese Sprengmaterialien nicht entzündeten. — Die Kollegen werden sofort die nötigen Schritte bei den Aufsichtsbehörden und beim zuständigen Ministerium einleiten, daß solche Zustände ein für allemal beseitigt werden. Da die Schießmeister auscheinend nicht wissen, wie die Sprengstoffe aufgetaut werden, so geben wir ihnen und den Herren Unternehmern den § 3, Absatz 6 bekannt, welcher lautet:

**Gefrorene Sprengstoffe** müssen vor ihrer Verwendung in besonderen Aufstapparat (durch lauwarmes Wasser von außen zu erwärmenden Behältern, Thermophoren usw.) völlig aufgetaut werden. Diese Apparate hat der Betriebsunternehmer zu beschaffen. Das Aufstauen in der Nähe offenen Feuers, an Öfen, Herden, Dampfmaschinen, Heizungen, überhaupt an Orten, die wärmer werden können als die Hand verträgt, und das Tragen der Sprengstoffe am Körper ist verboten.

**Gefrorene Patronen** dürfen weder zerbrochen noch zerschnitten oder sonst mit harten Gegenständen behandelt werden.

**Winterhausen.** Am 25. Januar fand im Gasthaus zum Löwen unsere erste Versammlung statt. Die Kollegen beantragten, eine selbständige Zahlstelle in Winterhausen zu gründen, wozu sich die Ortsverwaltung Eibelfstadt bereit erklärte, um 25 Mk. als Gründungsfonds abzutreten. Die Kollegen führten Klage über das mangelhaft besetzte Material. Kollege Dufel erklärte sich bereit, uneigentlich einige Rechenstunden abzugeben. Die Kollegen verlangen, daß in Zukunft die Steine etwas besser besetzt werden. Hoffentlich hat unsre Zahlstelle auch einen dementsprechenden Bestand. Es liegt an den Kollegen selbst, den Verband hochzuhalten. Insbesondere ist zu wünschen, daß sich die Kollegen in Zukunft in Verbandsangelegenheiten etwas mehr solidarisch zeigen sollten.

## Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig.

Während der „keramischen Woche“ in Berlin hielt Herr Diplomingenieur Rauer in Leipzig einen Vortrag über die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig. Wir geben das Referat auszugsweise wieder:

Die moderne Entwicklung unsres gesamten Wirtschafts- und Industrielebens führt zu einer immer stärker hervortretenden Spezialisierung auf allen Gebieten. Auch die Schöpfung eines neuen Ausstellungstyps ergab sich als eine unumgängliche Notwendigkeit. Immer mehr hat in Kreisen des Handels und der Industrie die Ansicht an Boden gewonnen, daß die Weltausstellung in ihrer bisherigen Form durchaus nicht mehr den Anforderungen entspricht, welche die Aussteller zu stellen berechtigt sind. Bei einer Weltausstellung bisheriger Stils alles auszustellen, was sich ausstellen läßt, war unmöglich. Die Ausstellung muß an Uebersichtlichkeit Einbuße erleiden und an inneren Werten verlieren. So haben sich oft große Weltausstellungen zu großen Schand- und Vergnügensmessen ausgewachsen. Der neue Typ ist der der Welt-Spezial-Ausstellung, das heißt: eine Ausstellung, die unter Beteiligung und Anteilnahme der Kulturnationen ein bestimmtes Industriegebiet mit allen seinen Nebengebieten in universeller Weise nach dem heutigen Stande wiedergibt und zugleich rückwärtschauend die Entwicklung und vorwärtschauend die Ziele darstellt. Die Dresdner Hygiene-Ausstellung hat damit den Anfang gemacht. Die Bauindustrie fand auf den bisherigen Ausstellungen nicht den Platz, den sie ihrer Bedeutung nach beanspruchen mußte. Sie ist deshalb meist in allen möglichen Ausstellungsabteilungen untergeschlüsselt, ohne aber irgendwie imponant und geschloßen in Erscheinung zu treten. Deshalb ist in der gesamten Nachwelt der Plan dieser Welt-Spezial-Ausstellung für das Bau-

und Wohnwesen mit außerordentlicher Sympathie begrüßt worden. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen zur Ausstellung läßt sich eine außerordentlich starke Beteiligung mit Bestimmtheit erwarten. Interessant ist es dabei, zu verfolgen, wie eine Spezialindustrie die andere nach sich zieht, wie zum Beispiel der Stahlwerksverband eine großartige Demonstration in Aussicht genommen hat, weil er einseht, wie wichtig es für ihn ist, auf dieser Ausstellung vertreten zu sein, auf der zweifellos die Betonindustrie in großartigen Vorführungen nicht fehlen wird. So lassen sich eine ganze Reihe von Industrien anführen. Charakteristisch für das Interesse, das die Industrie der Ausstellung entgegenbringt, ist die Tatsache, daß sich Industrievereinigungen entschlossen haben, eigene Komitees für die Werbung zu bilden. Daneben hat sich eine ganze Reihe industrieller Fachgruppen in Leipzig gebildet, die sich ebenfalls die ehrenamtliche Werbung zur Aufgabe gemacht haben. Diese Organisation erstreckt sich auf ganz Deutschland. Diese Mitwirkung hat für die Ausstellung nicht nur eine materielle Bedeutung, sondern bietet auch eine Gewähr dafür, daß alles, was mit der Bauindustrie zu tun hat, lückenlos auf der Ausstellung vertreten ist. Sie gibt ferner die Gewißheit, daß die Ausstellung in der Tat einen unversessenen Ueberblick über die gesamte Bauindustrie und deren Entwicklung bietet. Von allergrößter Bedeutung für die ausstellende Industrie ist es, daß sie in engem Verein mit den technischen Wissenschaften auftritt und durch von der hohen Entwicklung Zeugnis ablegt, zu der immer intensiver gewordene Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis geführt haben. Es muß noch kurz erwähnt werden, daß insbesondere zur Anregung für Fachleute die praktischen Vorführungen beitragen werden. Die Brandtechnik zum Beispiel wird aus den vorgeführten großen Feuerlöschproben Gewinn ziehen. Konstruktionsstücke werden zum Einfürzen gebracht werden, um die Festigkeit zu prüfen. Baustoffe werden nach allen Richtungen hin geprüft werden. Die Industrie wird somit reichlich Gelegenheit finden, die Güte ihrer Fabrikate darzutun. Es erscheint wohl möglich, daß hier auch recht reichliche und für die Betonindustrie nicht unvorteilhafte Gegenüberstellungen zwischen Eisenkonstruktionen und Eisenbeton gemacht werden, insbesondere um zu zeigen, wie sich zum Beispiel bei einem Großfeuer diese beiden so wichtigen Baustoffe bewähren. Auch hat man darüber nachgedacht, wie man am besten die Bedeutung der Betonindustrie für erdbebensichere Bauten populär nachweisen kann. Jedes Mittel, das Kunst und Technik zur lebendigen Belehrung im Sinne höchster Anschaulichkeit bieten, wird zur Anwendung gebracht werden. Vor allem wird auch der Kinematograph in Anspruch genommen werden, der in einer eigenen Halle den Werdegang industrieller Erzeugnisse, die Entwicklung des Verkehrs, fremde Länder und Bauten in lebendigen Bildern zeigen wird.

Die große das Interesse an der Ausstellung zeigt schon allerorten ist, geht daraus hervor, daß bereits heute — mehr als ein Jahr vor Eröffnung der Ausstellung — 100 Kongresse von Fachverbänden anlässlich der Ausstellung in Leipzig angefaßt sind und Hunderte von weiteren Vereinen und Verbänden des In- und Auslandes ihre Tagungen voraussichtlich im Ausstellungsjahr in Leipzig abhalten werden. Es ist ein glücklicher Umstand, daß um diese Zeit schon der neue Hauptbahnhof, dessen erste Hälfte bereits im Frühjahr dem Verkehr übergeben wird, seinen Zwecken dienen kann. Ein Triumph der modernen Eisenbetontechnik: das Hallenbad, das den Querbahnsteig in 30 Meter Höhe überragt, ist ein Eisenbetongewölbe, wie es in derartigen Dimensionen überhaupt noch nicht geschaffen worden ist, also eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Der Redner zeigte nun eine Vogelperspektive des Geländes im Sichtbild. Man erkennt die wohlgeordnete Geländeausstattung, die Anordnung der Bauten, steht im Hintergrund die Gartenstadt Leipzig-Marienbrunn, die mit 85 bewohnten Häusern eines der originellsten Ausstellungsobjekte sein wird. Auch für die Erholung und Unterhaltung der Besucher sind Vorkehrungen getroffen. Ein regesamer Wirtschaft- und Festauschlag sorgt dafür, und die Anziehungskraft der Ausstellung auf das große Publikum wird erhöht durch die geplanten, in reizenden, schon vorhandenen grünen Anlagen eingefügten Unternehmungen, wie: alte Stadt, Dörfchen, exotische Völkergärten, Berg- und Talbahn, Wellenbad, Leuchtfontäne, Restaurant, Variete und dergleichen mehr.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Denken Sie sich hinein in die große Aufgabe, die sich die Ausstellung gestellt hat. Malen Sie sich aus, in welcher imposanten Weise es der Bauindustrie möglich ist, hier einmal vor aller Welt zu dokumentieren, daß das Bauen und Wohnen eine kulturelle Kardinalfrage ist.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Anträge zum Verbandstag** müssen bis 24. März an den Verbandsvorstand eingekandt werden.

Die Zahlstellen werden noch auf folgenden Beschluß des Verbandstages 1910 in Eisenach verwiesen und dessen Beachtung dringend empfohlen:

Um die Beschwerdekommision in Zukunft nicht wieder so sehr zu belasten, beschließt der Verbandstag, daß zukünftig alle Beschwerden zurückgewiesen werden, welche den Instanzen, d. h. dem Zentralvorstand und dem Verbandsauschlag, nicht vorgelegen haben; weiter alle Beschwerden, welche der Beschwerdekommision schon einmal vorgelegen haben und abgelehnt worden sind.

## Vorschläge der Kandidaten zum Verbandstag.

Die Ausstellung der Kandidaten zum Verbandstag hat bis zum 4. April zu geschloßen. Die Namen der Kandidaten sowie der Wahlkreis, für welchen sie in Vorschlag gebracht werden, sind bis zum 6. April an den Zentralvorstand einzukanden, damit sie in der Nummer vom 13. April veröffentlicht werden können.

## Zur Wahlkreiseinteilung.

Bei der Veröffentlichung der Wahlkreiseinteilung zum Verbandstag, sind durch ein Versehen einige Orte weggelassen. Im 35. Wahlkreis kommen noch Koblenz und Trier und im 36. Wahlkreis ist Buzenau zuzuzählen.

## Steinausreibungen.

Großherzogliche Wasser- und Straßenbauinspektion in Karlsruhe. Für die Landstraßen, Kreisstraßen und Kreiswege 4800 Quadratmeter Kinnen- und Fahrbahnplaster.

Der Kreisauschlag in Briesg. 1960 Kubikmeter rohe Basaltsteine bester Sorte zur Herstellung neuer Decklagen auf den Kreisbahnhöfen.

Magistrat, Tiefbaudeputation in Posen. 3000 laufende Meter gerade und 340 laufende Meter Bogenschwellen aus Granit. Gemeindevorstand in Büskleth, Regierungsbezirk Stade. Lieferung von 5534 laufenden Metern Niedrigbordsteinen frei Verwendungsorte.

Stadtbauamt in Rendsburg. Für die Regulierung der Straßen beim Rotenhof: 1. 1600 laufende Meter Granitbordsteine und circa 800 Quadratmeter Reihenstein dritter Klasse. 2. 400 Kubikmeter Packlage, 320 Kubikmeter Schotter, 1600 laufende Meter Abflusstein für die Packlage.

Stadtbauamt, Abteilung für Gebäudeunterhaltung in Wiesbaden. Steinmetzarbeiten (S. 3) zu Unterhaltungs- und kleineren Ergänzungsarbeiten für die städtischen Gebäude und Schulen.

Kaiserliches Kanalbauamt V in Kiel-Bil. 3000 Quadratmeter Granitreihensteinplastersteine und 800 laufende Meter Granitkantensteine.

Stadtbauamt in Solingen. 3000 Kubikmeter Basaltklein- schlag in Korngröße 2 bis 5 Zentimeter.

Königliches Wasserbauamt in Bingerbrück. 2. III. 420 Kubikmeter Pflastersteine und 720 Kubikmeter Senksteine für die Rheinstraße von Viebrich bis Eltville. 2. IV. Etwa 460 Kubikmeter Pflaster- und 550 Kubikmeter Senksteine für die Rheinstraße von El-

ville bis Viebrich. 2. V. 120 Kubikmeter Pflaster- und 300 Kubikmeter Senksteine für die Rheinstraße von Viebrich bis Hildesheim. 2. VI. 1500 Kubikmeter Pflastersteine, 1500 Kubikmeter Senksteine, 600 Kubikmeter Steinbruchschutt für die Rheinstraße von Bingerbrück bis Dürresfeld.

Stadtbauamt Straßburg i. E. Lieferung und Verlegung von Marmorsteinen für Bodenbelag und Sockel, 2. I, sowie von Marmorsteinen 2. II, für die Instandsetzung der Säle im Erdgeschloß des Rathhauses.

Königliches Straßen- und Flußbauamt in Jugoldtadt. Lieferung von etwa 74 Waggons Grundbaubruststeinen aus den Dolomitsteinbrüchen der Umgegend, zu je 10 Tonnen.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt I in Görlitz. Steinmetzarbeiten einschließlich Materiallieferung zum Bau des Lokomotivschuppens und der Güterschuppenanlagen am Bahnhof Görlitz.

Großherzogliche Wasser- und Straßenbauinspektion in Dffenburg. 400 Quadratmeter Straßenpflastersteine aus Granit in die Stadt Zell a. S.

Städtisches Hochbauamt in Heidelberg. 2. 6 Steinmetzarbeiten (rote Sandsteine) zum Neubau des Rathhauses.

Städtische Bauverwaltung in Braunschweig. 1. 5800 laufende Meter Granitbordquader. 2. 200 Kubikmeter Basalt-Reihensteinpflastersteine. 3. 15000 Quadratmeter Kleinpflastersteine in einzelnen Lagen.

Stadtbauamt in Zoppot. 500 laufende Meter geschnittene Bordsteine, 3500 laufende Meter gespaltene Bordsteine, 3000 Quadratmeter Granitpflastersteine sogenannte dritte Sorte. Magistrat in Hanau. 30000 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Hartbasalt.

Königliche Eisenbahnbauabteilung in Geseke münde. Becksteinlieferung für den Neubau des Empfangsgebäudes auf Bahnhof Geseke münde-Bremerhaven.

Großlichterfelde. 8000 Quadratmeter „schwedischer“ Reihenstein und 10000 Meter Bordsteine. — Wir müssen schon betonen, daß uns die Ausschreibung der Stadt Großlichterfelde völlig unverständlich erscheint.

Im allgemeinen können wir konstatieren, daß gegenwärtig der Steinmarkt sehr stark belebt ist.

## Rundschau.

**Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz.** Die Zahlstelle Dresden des Bauarbeiterverbandes wurde von der Behörde für einen politischen Verein erklärt, weil sie 1000 Mark für den Reichstagswahlkampf gespendet hatte. Die Polizei forderte den Vorsitzenden der Zahlstelle auf, die Liste der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Vorsitzende kam dem nicht nach, er erhielt deshalb eine Anklage. Wegen Verweigerung der Vorstandsliste wurde der Vorsitzende Barth nun vom Schöffengericht zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Die Gewerkschaftsbewegung in Sachsen.** Das Kaiserliche Statistische Amt hat eine interessante Zusammenstellung darüber angefertigt, wie sich die Arbeiterverbände auf die einzelnen Bundesstaaten und Provinzen und großen Städte verteilen. Für die Arbeit ist nur Material verwendet worden, das in Verbandsblättern und besonderen Jahresberichten niedergelegt und somit allgemein zugänglich war. Eine besondere Umfrage hat nicht stattgefunden. Es ist selbstverständlich, daß eine auf so mangelhafter Grundlage aufgebaute Statistik eine Reihe Fehler haben muß. Die Zusammenstellung gibt z. B. für das ganze Deutsche Reich 1359736 in den freien und christlichen Gewerkschaften organisierte Personen an. In Wirklichkeit sind ihre Mitgliederzahlen etwa genau noch einmal so groß.

Für das Königreich Sachsen gibt die Statistik 187715 in den freien und 705 in den christlichen Gewerkschaften organisierte Personen an. Von den freien Gewerkschaften sind am umfangreichsten vertreten die Metallarbeiter mit 66871, Maurer 27006, Holzarbeiter 24489, Zimmerer 9544, Schuhmacher 5724, Papierindustrie 7148, Fabrikarbeiter 5072, Maler 4923, Brauereiarbeiter 4130, Gutmacher 3014, Lithographen 4225, Buchdruckerhilfsarbeiter 3400, Steinarbeiter 4957 (Wir haben in Sachsen bereits über 7000 organisierte Steinarbeiter. Die Red.), Porzellanarbeiter 1302, Gemeindearbeiter 3501 usw.

Die Zahl der im Königreich Sachsen vorhandenen erwerbstätigen Arbeiter im Hauptberuf betrug nach der Berufszählung von 1907 zusammen 1274295. Es wären somit erst etwa 15 Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Das ist offenbar unrichtig. Aus andern Statistiken geht hervor, daß etwa 30 Prozent der sächsischen gewerblichen Arbeiter den freien Gewerkschaften angehören. Die Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die sich auf den Stand der Verhältnisse am Ende des Jahres 1910 stützt, ist also mit Vorsicht aufzunehmen.

**Eine amtliche Anerkennung gewerkschaftlicher Disziplin.** Es passiert nicht alle Tage, daß eine städtische Behörde bei einer Auslieferung die sonst übliche Drohnote, daß die Ausgesperrten oder Ausständigen sich des § 153 der Gewerbeordnung erinnern mögen, noch mit einer anerkennenden und lobenden Bemerkung über die erzieherische Tätigkeit der freien Gewerkschaft abschließt. In Seib in Oberfranken, wo, wie in vielen andern Orten Oberfrankens, die Porzellanarbeiter ausgesperrt sind, hat der Stadtmagistrat in einer Bekanntmachung folgende Anerkennung der durch die Arbeiter schon wiederholt gezeigten Disziplin ausgesprochen:

„Zu der organisierten Arbeiterchaft wird vertraut, daß sie die schon öfters gezeigte gute Disziplin auch während der jetzigen Bewegung beweist, daß sie die Mahnungen ihrer Führer, stets ruhig zu bleiben und sich vor Uebergriffen und Ausschreitungen zu hüten, getreulich befolgt und dadurch sich selbst vor Unannehmlichkeiten und eventuellen empfindlichen Strafen bewahren wird.“

Denn es könnte leicht sein, daß sich aus dem unüberlegten Vorgehen einzelner Hitzköpfe größere Ausschreitungen, z. B. Aufruf, Aufruhr, Landfriedensbruch usw., entwickeln, die nur wieder zu schärferen Sicherheitsmaßnahmen sowie zu schweren und umfangreichen Bestrafungen (auch widerwillig Beteiligten) führen würden, für die Arbeiterbewegung aber von keinerlei Vorteil wären.“

Diese Art, zu den Ausgesperrten zu reden, steht wohlwollend von den Schornachertraditionen gewisser anderer Polizeiverwaltungen ab, deren Hauptforsche darin besteht, sofort bei Ausbruch einer Lohnbewegung oder einer Auslieferung in der rigorosesten Weise gegen die Ausständigen vorzugehen. Schade wäre es nicht, wenn sich auch andre Polizeiverwaltungen diese Maxime zu eigen machen würden. Der Deffenlichkeit würde damit viel mehr gebient, als durch die bisher beliebte blindwütige Draufgängererei.

**Der angekündigte Minister.** In einer von der volkswirtschaftlichen Gesellschaft und dem sozialwissenschaftlichen Verein der Universität München einberufenen Versammlung hielt Universitätsprofessor Dr. Brentano einen Vortrag über das ewige Problem der Arbeitswilligen. Der Veranstaltung wohnten auch Prinz Ludwig und der neue Minister des Innern, v. Soden, bei. Brentano erklärte, daß § 152 Abs. 1 der Gewerbeordnung durch den Absatz 2 dieses Paragraphen unwirksam gemacht werde; das sei eine merkwürdige juristische Anomalie. Die ärgste Anomalie sei aber der § 153 der Gewerbeordnung, der etwas mit Strafe bedroht, was bei andern Gesellschaftsklassen straflos sei. Der Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen gehe überhaupt nicht von Arbeitern aus, sondern von denen, die nach der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises schreiben, die unter Konventionalkauf sich verpflichten, nicht die Löhne zu erhöhen, und die durch den Import ausländischer billiger Arbeitskräfte die nationale Arbeit gefährden. Brentano verlangt als einzig mögliche Lösung der Arbeitswilligenfrage die Streichung des Absatzes 2 des § 153, d. h. es sollen die Tarifverträge für alle dem betreffenden Gewerbe Angehörigen rechtsverbindlich gemacht werden.

Der ultramontane Minister des Innern, Frhr. v. Soden, bejauerte in der Diskussion, daß der Ministerpräsident v. Hertling

nicht da sei, er selbst verleihe von der Sache nichts. Soden wandte sich dann gegen die „Kathederweisheit“ Brentanos, die der Praxis entgegenstehe. Der Verein für exakte Wissenschaft sei eigens gegen Brentano gegründet worden. Die Aufhebung des § 152 Absatz 2 helfe nichts. — Der Minister v. Soden wurde von allen Zuhörern kräftig ausgepöffelt.

Brentano führte in seiner Erwiderung Soden in humorvoller Weise ab und bemerkte, wenn Hertling anwesend gewesen wäre, hätte er ihn (Brentano) gegen Soden verteidigt.

**Die Steineinfuhr geht zurück.** Im Januar 1912 ist die ausländische Pflastersteineinfuhr stark zurückgegangen. Sie betrug 1911 = 170 465 Doppelzentner. 1912 = 136 774 Doppelzentner.

Pflastersteine werden eingeführt aus Schweden, Norwegen, Belgien und Desterreich. Die Einfuhr aus Schweden ist um 34 000 Doppelzentner gesunken; das ist ein Beweis, daß auch ohne Zoll die Einfuhr zurückgedrängt werden kann. — Besonders bemerkenswert ist, daß die deutsche Ausfuhr von 7493 Doppelzentner auf 30 706 Doppelzentner gestiegen ist. Als deutsches Absatzgebiet kommt Holland in Betracht. Die rheinischen Steinwerke sind auf jenes Absatzgebiet sehr stark angewiesen.

Auch der „Steinbruch“ muß melden, daß in der Steinindustrie jetzt ein vorzüglicher Geschäftsgang herrscht.

**Arbeiterklub.** Die Nordbayrischen Hartsteinwerke in Selbitz beschäftigten einen Schießmeister, der in bezug auf Bekämpfung der Arbeiterbewegung nichts zu wünschen übrig ließ, dafür aber seinen Dienst so schlecht als nur möglich verrichtete. Eine Anzeige bei den zuständigen Behörden hatte zur Folge, daß von dem Bezirksamt der Mann seines Postens entbunden wurde. Unterm 7. d. M. ging dem Kollegen Mittermeier folgendes Schreiben zu:

„Hierdurch beehre ich mich mitzuteilen, daß die am 13. Nov. 1911 übermittelte Beschwerde über jahrelängiges Pantieren mit Sprengstoffen in den Nordbayrischen Steinwerken Selbstig sich als begründet erwiesen hat. Der hierfür verantwortliche Schießmeister wurde dieser Funktion durch das tgl. Bezirksamt Naila entbunden.“

Endlich einmal ein Fall, daß die Behörde mit energischer Hand zugegriffen hat. Es wäre schon längst Pflicht der Werkleitung gewesen, diesen Schießmeister, welcher so lässig seinen Posten verließ, seines Postens zu entbenden.

**Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat jetzt die folgenden statistischen Zahlen aufzuweisen:**

Sozialdemokratische Wähler	4 250 000
Reichstagsabgeordnete	110
Landtagsabgeordnete	220
Gemeindevorsteher	8 910
Mitglieder der Partei	900 000
der Konjunktionsgesellschaften	1 250 000
der freien Gewerkschaften	2 440 000
Auflage der periodischen Parteiblätter	1 450 000
der freiwirtschaftlichen Blätter	2 600 000

Diese imposanten Zahlen lehren, daß die Klassenbewußte Arbeiterbewegung alles andre als eine „vorübergehende Erscheinung“ ist.

**Einige tarifbrüchige Unternehmer im Holzgewerbe.** In Königsberg in O.-P. weigern sich die Bautischlermeister, die tariflich festgesetzten Löhne zu zahlen. Obwohl die Meister nicht bestreiten, daß der Wortlaut des Tarifvertrages den Arbeitern recht gebe, so erklären sie sich aber aus Prinzip gegen die Bezahlung. Die Unternehmer lehnten die Verhandlung über diesen Streitfall in der Schlichtungskommission ab. In einer demnächst unter einem unparteiischen Vorsitzenden stattfindenden Sitzung soll die Sache verhandelt werden. Bisher haben zirka 130 Gesellen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer versandten schwarze Listen mit den Namen und der Wohnungsangabe von 113 Gesellen.

**Im Graudenz in Westpreußen hat der Holzarbeiterverband im Jahre 1911 mit dem größten Teil der Tischlermeister einen Vertrag bis zum Jahre 1915 abgeschlossen.** In diesem Jahre trat laut Vertrag am 15. Februar die Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und eine Lohnerhöhung ein. Ein Teil der Meister suchte diese Bestimmungen zu umgehen. Es ist deshalb bereits zur Arbeitseinstellung in zwei größeren Werkstätten gekommen. Zugang ist fernzuhalten.

Wir sehen somit wieder, wie „taristreu“ die Herren Unternehmer sind. — Aber deshalb hören wir immer wieder bei den Tarifverhandlungen, daß es nur die Arbeiter sind, welche die Tarife nicht einhalten.

**Die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung** ist von unsern Parteigenossen in den städtischen Kollegien Nürnberg seit Jahren angestrebt worden, aber die freisinnig-liberale Mehrheit hat sich stets gegen derartige Anträge abgelehnt, verhalten sich zur Ausrede, daß eine einzige Stadt eine solche Versicherung für sich allein nicht einführen könne, weil sonst von auswärts viele Elemente herangezogen würden, die auf die Arbeitslosenunterstützung spekulieren usw. Diese Frage müßte vom Reich oder Bundesrat gesetzlich geregelt werden. Am Montag hat der Stadtmagistrat Nürnberg den Etat für 1912 beraten, bei welcher Gelegenheit der Antrag wieder gestellt wurde, den Betrag von 30 000 M. für eine Arbeitslosenversicherung einzusetzen; diesmal stimmte die Mehrheit dem Antrag zu, knüpfte aber daran die Bedingung, daß die bayrische Regierung mindestens den gleichen Betrag auswerfe, nachdem der Minister v. Brettreich seinerzeit im Landtag erklärt hat, die Regierung sei bereit, den Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, Zuschüsse zu bewilligen. Herr v. Brettreich ist aber nicht mehr Minister; wie die jetzige Zentrumsregierung sich zur Frage stellt, weiß man noch nicht recht, dagegen weiß man, daß die Zentrumsparthei selbst keine große Sympathie für derartige Dinge hat. Deshalb konnten die liberalen Stadtväter, auch wenn sie im Innern ihres Herzens ebenfalls nichts von der Geschäftsidee wissen wollen, mit der erwähnten Bedingung leicht ihre Zustimmung geben.

**Eine Tuberkulose-Studienreise** findet anlässlich des Mitte April in Rom bevorstehenden Tuberkulosekongresses statt. Sie beginnt nach dem von Direktor Dr. Schmidt vom schweizerischen Gesundheitsamt aufgestellten Plan am 1. April in Zürich und führt über Davos, Bern, Montreux, Vevey nach Genua und Rom. Die Besichtigung gelten außer den nach Tuberkulosebekämpfung dienenden Einrichtungen insbesondere den Anstalten für Sonnenbehandlung. Die Führung übernimmt der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose, Professor Dr. Pamm. An der Studienreise können die nach Rom reisenden Kongreßteilnehmer aller Länder teilnehmen. Näheres durch das Generalsekretariat Charlottenburg, Berliner Straße 137.

**Wenn's ein Arbeiter wäre!** Ein katholischer Geistlicher, der Stadtpfarrer Kempf bei St. Ulrich in Augsburg, hat sich schwere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Man sagt, daß er sich etwa 30 000 M. fremder Gelder angeeignet hat. Ein Domkapitular soll allein um 8000 M. geschädigt sein. Um ihn dem Arm der weltlichen Gerechtigkeit zu entziehen, ist der hochwürdige Herr von der vorgelegten geistlichen Behörde auf zwei Jahre in das Korrekthaus Dillingen eingewiesen worden. Die Christen werden natürlich diesen unerquicklichen Fall totschweigen.

**Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier.** Am Sonntag, den 3. März, fanden im Ruhrrevier 65 Bergarbeiterversammlungen statt, die von rund 60 000 Arbeitern besucht waren. Tausende mußten umkehren, da die Lokale abgeperert waren. In vielen Orten wurden Parallelversammlungen veranstaltet. Die Stimmung war, wie sie sonst nur vor großen Kämpfen beobachtet wurde. Mit großer Begeisterung wurden die Meldungen von der Einigkeit der englischen Bergleute aufgenommen. Mehrfach wurden Zurufe laut: „Wir wollen auch so machen!“ Auch griechischor-

ganisierte Arbeiter waren in den Versammlungen vertreten, die dem Vorgehen der drei verbündeten Verbände große Sympathie entgegenbrachten. In Freisenbruch haben 78 griechischorganisierte Bergleute ihre Mitgliedsbücher abgegeben und sich zur Aufnahme in den freien Verband gemeldet. Man hat den Eindruck, daß die christlichen Arbeiter ihren Führern in ihrer jetzigen Haltung nicht folgen werden. Hüb, der in Werden sprach, hat auf die Anfrage eines Journalisten nach der Richtigkeit einer englischen Meldung, daß der Streit in Deutschland schon diese Woche losgehen könnte, erklärt, die Meldung sei aus der Luft gegriffen. Alles, was geschehe, werde nur auf Beschluß der Bergarbeiterkonferenz geschehen. Disziplin sei jetzt in erster Linie notwendig.

**Achtung, Bauarbeiter Elsaß-Lothringens!** Die Bauarbeiter-Schulskommission für Elsaß-Lothringen hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Kollegen Karl Voigt, Helenengasse 14, zum Kassierer den Kollegen Hugo v. d. Berg, Magnetengasse 10, und zum Schriftführer den Kollegen Eugen Imbs, Steinwallstraße, sämtlich zu Straßburg, bestimmt.

Alle schriftlichen Sendungen sind an den Vorsitzenden und alle Geldsendungen an den Kassierer zu senden.

Gelder, die noch zu senden sind an die frühere Kommission, sind, wie bisher, an den Kollegen Kennert, Helenengasse 14, zu senden. Gleichzeitig möchten wir anfordern, überall, wo noch keine örtlichen Bauarbeiter-Schulkommissionen bestehen, sofort eine solche zu wählen und uns die Adressen derselben sofort mitzuteilen. Auch die Adressen der schon bestehenden Kommissionen müssen uns mitgeteilt werden.

Die Bauarbeiter-Schulskommission für Elsaß-Lothringen.  
J. A.: Karl Voigt.

### Literarisches.

**Die Elektrizität im täglichen Leben** von E. Wunder und **Die Eisenbahn** von Professor Dr. R. Schreiber sind in der Naturwissenschaftlich-technischen Volksbücherei Leipzig erschienen (Verlag: Theodor Thomas). Die beiden Büchlein sind recht flott geschrieben und auch für die Arbeiter sehr verständlich. Daß der Inhalt die neueste technische Literatur genügend berücksichtigt, ist ebenfalls erfreulich.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. Februar bis mit 2. März 1912. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inverate.)

Berneck, B. 88.73. Buchenau, B. 15.—, E. 2.—. Dörnberg-Weimar, K. 9.70. Fetschenbach, B. 152.—, K. 10.—. Herbede, B. 125.—, E. 2.50, K. 9.75. Kelheim, B. 157.48, K. 22.20. Langensfeld, B. 37.24, K. 3.20. Plauen, B. 31.50. Schopfloch, B. 100.—, K. 17.50. Zweibrücken, B. 16.38, E. 0.50, K. 1.—. Brandenburg, Ins. 3.20. Braunschweig, Ins. 2.68. Pöschel, B. 2.20. Reichertsmerden, B. 3.20. Kröpla, B. 4.30. Neusalz, B. 4.90. Danzig, B. 7.90. Osterburg, B. 5.—. Salzwedel, B. 10.—. Salzwedel, B. 8.70. Arnstadt, B. 17.—. Steinwiesen, B. 5.—. Niederderwitz, B. 4.—. Grimmitzschau, B. 2.70. Gussow, B. 4.10. Springe, B. 126.—, K. 10.—. Osabrück, B. 67.76, K. 3.70. Jena, B. 90.—, K. 7.50. Ramez, B. 356.—, E. 21.75, K. 1.25. Schüren, B. 37.50. Demitz, B. 420.—. Brynnel, K. 0.50. Jever, B. 4.70. Leipzig, B. 3.40. Berlinchen, 2.—. Windischschneibach, B. 2.40. Eggestorf, B. 3.90. Eberswalde, B. 4.—. Schweinfurt, B. 5.—. Lehrte, 8.20. Hannover, B. 13.20. Peine, B. 14.90. Borgentreich, Ins. 2.40. Plauenberg, B. 97.50, K. 12.75. Berned, B. 58.95, K. 6.30. Heidingsfeld, B. 94.—, K. 0.60. Kiefernfeld, B. 422.—, E. 2.50, K. 7.—, M. 6.—. Würzburg, B. 151.—, K. 33.50. Meißner II, B. 130.—. Perford, B. 44.50, K. 4.60. Hauswalde, B. 198.46, E. 11.—, K. 3.10. Faulbach, B. 134.—, K. 10.—. Darmstadt, B. 127.14. Alleben, B. 685.03, M. 0.20. Marktbreit, Ins. 2.20. Droyßig, B. 3.50. Ernst-

hofen, B. 4.30. Stumersdorf, B. 6.25. Verlebed, B. 10.—. Nienburg, B. 3.60. Rendsburg, B. 4.90. Demitz, B. 294.—. Stuttgart, B. 168.—. Ziegelanger, B. 42.—, K. 50.—. Arnsdorf-Königsbain, B. 195.—. Gafferode, B. 168.—, K. 12.—. Gohmannsdorf, B. 50.—. Ehringsdorf, B. 46.20, K. 3.80. Greifswald, B. 3.10. Amberg, B. 3.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekannmachungen.

Büroburg. Den Kollegen, die noch Lohnansprüche an die Firma Lüdke, Kirchheim, haben, sei mitgeteilt, daß nach Anfrage beim Konkursverwalter wegen Auszahlung, mir der Bescheid zugeht, daß infolge Anstrengung mehrerer Anfechtungsklagen die Auszahlung vorläufig noch nicht erfolgen könne. Die Kollegen müssen sich also bedauerlicherweise noch eine zeitlang gedulden und können mir vorläufig dagegen nichts unternehmen.  
J. A.: Vohse.

### Adressen-Änderungen.

Aunkirchen. Vors.: Michael Hartmann, Grafenmühle, Post Aunkirchen.  
Buchenau, Kreis Biedenkopf (Westerwald). Vors.: Hermann Köhlinger. Kass.: Alois Friedl.  
Chemnitz. Reiseunterstützung wird auch in der Volkshausherberge, Zwickauer Straße, ausbezahlt. V. Reinhold, Kass.  
Halberstadt. Vors.: Karl Hasper, Plantagenstr. 8.  
Hauswalde. Vors.: Friedrich Panisch, Möhrsdorf Nr. 40 bei Bischof. Kass.: Erwin Rasch, Hauswalde Nr. 142, I.  
Kreuznach. Vors.: Karl Clemens, Schleifer, Planigerstraße Nr. 105.  
Reiten. Kass.: Hans Sider.  
Neustadt. Vors.: Wendel Fausel in Haardt.  
Ober-Weilau. Vors.: Paul Winkler in Gaumitz b. Rimpfsh. Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Joseph Glagel in Ober-Weilau aus.  
Schwabisch-Hall. Vors.: Wilhelm Hürle, Beilerstr. 26.  
Witten (Ruhr). Vors.: August Kortmann in Stodum, Provinzialstr. 39.

### Briefkasten.

M. J. in Sp. Der Bericht ist zu oberflächlich. Wir können es nicht begreifen, daß bei der Ausarbeitung so schlampig verfahren wird. — Besten Gruß. — A. Wir müssen den Bericht ablehnen. Es heißt, die Versammlung war miserabel besucht, dann wird betont, daß die Steinmehrer B. und V. aus dem Verband ausgeschlossen wurden, trotzdem diese Beiträge nicht mehr bezahlten! Wie ist dann noch ein Ausschluss vonnöten? — Schildert uns doch die sonstigen Verhältnisse in eurem Bezirk, wir nehmen die Entscheidung sehr gerne auf. — Ohfenburg. War zu unbedeutend. — Derdingen. Der Bericht enthält sonst nichts als wie ein Lamentieren über den schlechten Versammlungsbesuch. In solchen Fällen mag man doch auf eine Berichterstattung verzichten. — Unternehmer. Darüber, ob Submissionsergebnisse im Steinarbeiter veröffentlicht werden, haben schließlich — wir noch zu entscheiden. Wenn sich die Herren über die oftmals tollen Angebote entäußern würden, so wäre dies eher anerkennenswert. — D. in G. Nach unserer Meinung hat die Klageerhebung keinen Zweck. Muß denn jede Bagatelle vor Gericht ausgetragen werden. — J. Das Lament ist überflüssig. In solchen Fällen muß man auch in der Versammlung den Mut haben und den Kollegen in ungeschminkter Weise sagen, was sich ziemt. Sentimentalische Erwägungen sind völlig überflüssig. — Fr. Ist uns nicht bekannt. Besten Gruß.

## BEZUG Anzeigen

### Gaukonferenz im 10. Gau (Regensburg).

Am **Ostersonntag, den 7. April 1912, vormittags 10 Uhr**, tagt in **Regensburg** unsere **Gaukonferenz**. Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Organisation und Agitation (Referat). 3. Tarifgemeinschaft, Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. 4. Stellungnahme zum 5. Verbandstag. 5. Verschiedenes. Pflicht der Zahlstellen ist, unverzüglich zur obigen Tagesordnung Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Jede Zahlstelle soll vertreten sein. Nur den Zahlstellen, die bis 31. Dezember 1911 ihre Gauleiter entrichteten, werden die Delegationskosten nach den Beschlüssen der letzten Gaukonferenz erstattet. Diese entsendenden folgende Delegierte: Aibling, Augsburg, Bayreuth, Edenstetten, Hosenbürg, Kaiserhämmer, Marktleuthen, Mühlberg, Nordendorf, Regensburg, Ruhmannsfelden, Sparned, Wunsiedel und Zell je einen; Aunkirchen, Büchelberg, Gefrees, Metten und Rößbach je zwei; Niederlamitz, Schwarzenbach und Weihenstadt je drei. Alle übrigen Zahlstellen können Delegierte auf eigene Kosten, nach ihrem Ermessen entsenden. Alle Anträge sind schriftlich bis 1. April an die Gauleitung einzusenden. Die Kassensbücher sind zur Konferenz mitzubringen. J. A.: Die Gauleitung.  
Hans Mittenmaier, Gauleiter, Dechbetten Nr. 27 bei Regensburg.

### Steinarbeiter von Düsseldorf u. Umgegend.

**Samstag, den 16. März 1912, feiert die Zahlstelle Düsseldorf im oberen Saale des Volkshauses ihr diesjähriges**  
**Stiftungs-Fest**  
bestehend in **Gesang und Theater-Aufführungen** mit nachfolgendem **Fest-Ball**.  
Anfang Punkt 9 Uhr. **Das Komitee.**

### Schürzen

Gausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, **Jackets, Leder- und Buckfins-Hosen** in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**

### Gesucht ein Steinmetz

der geübt im **Schreiben und Grabsteinarbeiten** ist. Dauernde Stellung, event. baldige Übernahme des Geschäftes.  
**Heinr. Zimmermann, Eutin.**

### Einen tüchtigen Steinmehrer

welcher auch **Schrift zeichnen und schneiden** kann, für **Sandstrahlgläser** sucht  
**Friedrich Krapf, Granitwerk, Eisenach.**



## Die besten Arbeiter-

Hosen, Westen, Jackets, blaue Jacken, Unterhosen, Pelertinen, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster. Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von  
**Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.**  
Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.  
Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25  
Garantie für tadelloser Sitz.  
Billigste Preise.



## Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk  
**Aue (Erzgebirge) 16**  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende **gratis!**  
Lieferung sofort.

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In **Faulbach** am 28. Februar der Kollege **Otto Konrad**, 17 Jahre alt, an einem Gehirnleiden.  
In **Flöß** am 27. Februar der Kollege **Michael Raas**, 30 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
In **Lahr** am 22. Februar der Kollege **Anton Singer**, 40 Jahre alt, an einem Lungenleiden.  
In **Mündberg** am 29. Februar der Kollege **Heinrich Hartbauer**, 52 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
In **Pirna** am 27. Februar der Kollege **Karl Zilger**, 55 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. — Am 25. Februar der Kollege **Hermann Mandrich**, 56 Jahre alt, an Lungenbluten.  
In **Plagwitz** am 28. Februar der Kollege **Paul Förster**, 33 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
In **Strehlen** am 25. Februar der Kollege **Reinhold Becker**, 29 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Die wertvollsten und verächtlichsten Elemente.

Wertvoll und verächtlich zugleich, das ist die Charakteristik der notorischen Streikbrecher, der Hyänen des Schlachtfeldes der Arbeit. Die kapitalistische Gesellschaft erblickt in ihnen um deswillen ihre Helfershelfer, weil sie sich dazu gebrauchen lassen, die bescheidenen und berechtigten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft zu erschweren. Besonders die Unternehmer schätzen in den Streikbrechern die wertvollsten Elemente des unbemittelten Volkes. Doch es ist der Eigennutz, der sie zu einer so unmoralischen Wertschätzung gelangen läßt. Denn die Unternehmer sind sich über die verächtliche Rolle vollkommen klar, die von den Streikbrechern gegenüber ihren eigenen Klassengenossen gerade dann eingenommen wird, wenn die größte Einmütigkeit am dringendsten erforderlich ist. Die Unternehmer wissen ganz genau, wem unwürdigen Elemente sie sich im Kampf gegen die Arbeiterorganisationen bedienen. Deshalb ist auch die Handlungsweise der Unternehmer eine durchaus unmoralische und verächtliche.

Nun ist ja soziale Einsicht und Humanität nie die schwache Seite der Unternehmer gewesen, und man kann von ihnen, die ihre ausgeübten und entkräfteten Arbeiter schonungslos auf die Straße werfen, nicht verlangen, daß sie den Verrat der Streikbrecher zurückweisen und vereiteln. So umgeben sie die Verräter ihrer eigenen Klassengenossen mit dem Nimbus wertvollster Elemente, die den ganz besonderen Schutz der Gesetzgebung und der Gerichte verdienen. Anstatt sie vor moralischem Schaden zu bewahren, verleiten die Unternehmer erst die moralisch schwachen und minderwertigen Elemente durch feste Judasgeschenke dazu, niedrigen Verrat zu verüben. Aber die Unternehmer können nun einmal ihre Gewinnlust ungezügelter befriedigen, wenn sie mit „Arbeitswilligen“ hantieren.

Alle einsichtigen und anständigen Menschen wenden sich mit Abscheu von dem verräterischen Verhalten der sogenannten Arbeitswilligen ab, während die Unternehmer unbedingte Vorteile daraus ziehen. Bürgerliche Sozialpolitiker sind mit den ernsthaften und organisierten Arbeitern einig in ihrem Urteil über solche Arbeiter, die ihren Arbeitsgenossen in dem Augenblicke in den Rücken fallen, wenn es sich um die Erzielung einer besseren Ernährung, eines gesünderen Wohnens und einer gesicherten und menschenwürdigen Existenz handelt. Ja, bürgerliche Sozialpolitiker erblicken in der Vermittlung und dem besonderen Schutz der Arbeitswilligen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit. So schrieb der bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Ludwig Heyde erst kürzlich im Berliner Tageblatt, nachdem er die Tatsache hervorhebt, daß die Arbeitswilligen durch den § 153 der Gewerbeordnung schon längst einen besonderen Schutz genießen:

„Die Vermittlung dieser gerichtsnotorisch „abenteuerlichen Gesellen“ bildet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und auch gesundheitsliche Gefahren sind oft mit diesem warenmäßigen Transport von Menschen, die der Hefe des Volkes angehören, verbunden. Diesen Leuten würde ein Zuchtstrafgefängnis vornehmlich zugute kommen.“

Aber gerade den so abfällig beurteilten „abenteuerlichen Gesellen“ lassen die Gerichte den größten Schutz angedeihen, weil die herrschenden und besthenden Klassen einen materiellen Vorteil von der Skrupellosigkeit dieser Schlingel der kapitalistischen Gesellschaft haben.

Weit abfälliger ist das Urteil über den Verrat der Streikbrecher. So schrieb der bekannte bürgerliche Sozialpolitiker Herr v. Gerlach im Jahre 1910:

„Die Arbeitswilligen sind, von Ausnahmen natürlich abgesehen, der Abhub der Arbeiterschaft. Alle anständigen Arbeiter erblicken in diesen Verrätern, den Hyänen des Schlachtfeldes der Arbeit, ein verächtliches Element. Viele von den berufsmäßigen Streikbrechern sind nur gerade dann arbeitswillig, wenn die Arbeit zum Verrat an der Arbeiterschaft wird. Somit geben sie der Arbeit möglichst aus dem Wege, haben allerlei auf dem Kerbholze und neigen zu Gewalttätigkeiten.“

Ein so scharfes Urteil ist das sicher nicht. Man kann es besonders den kämpfenden Arbeitern nicht verdenken, wenn sie über Leute, die immer nur selbstsüchtige Ziele verfolgen, und gerade dann verstoßen, wenn die Interessen der gesamten Arbeiterschaft auf dem Spiele stehen, ein weit schärferes Urteil fällen. Geben sie aber ihrem Unmut offen Ausdruck, so zeter das Unternehmertum, dann zetern all die sogenannten staatsverhaltenden Kreise über Streikterrorismus, dann werfen die Gerichte die schärfsten Strafen aus, und der Staatsanwalt verfolgt ein so schweres Verbrechen der kämpfenden Arbeiter selbst dann im „öffentlichen Interesse“, wenn die Urheber des Unmensens, die Streikbrecher, sich gar nicht getroffen fühlen, und daher auch keinen Wert auf eine gerichtliche Verfolgung legen. Die im Kampf stehenden Arbeiter erkennen aber um so sicherer, das nicht ein öffentliches Interesse, sondern das sehr persönliche Interesse der Unternehmer hinter einer solchen Staatsaktion steht.

Wie könnte sich ein Streikbrecher auch dadurch getroffen fühlen, beim rechten Namen genannt zu werden, oder dadurch, daß ihm sein

unsoziales und unmoralisches Verhalten klar gemacht wird? Er hat sich durch Geld und unwürdige Versprechungen dazu bewegen lassen, seine Arbeits- und Klassengenossen zu verraten, ja, die Interessen seiner Freunde und befreundeter Familien aufs schwerste zu schädigen. Wer sich durch Geld und würdelose Versprechungen zu so unwürdigem Tun verleiten läßt, hat damit zu erkennen gegeben, daß er auf Ehre und Selbstachtung keinen Wert legt. Einen begründeten Anspruch auf die Achtung seiner Arbeits- und Klassengenossen kann er füglich nicht erheben. Fühlen sich die „staatsverhaltenden Kreise“ und die Gerichte veranlaßt, den verächtlichen Elementen besondere Wertschätzung und Hochachtung wiederfahren zu lassen, so ist das ihre Sache. Sie werden dann auch wohl in der skrupellosen und verräterischen Haltung ihrer Günstlinge den Ausfluß einer ganz besonderen und höheren, um nicht zu sagen: nachahmenswerten Moral erblicken. Bei allen einsichtigen, sozial denkenden Menschen, besonders bei der organisierten Arbeiterschaft aber haben die wertvollsten und verächtlichsten Elemente der kapitalistischen Gesellschaft ausgespielt. Sie machen am besten einen recht weiten Bogen um solche Elemente, um nicht den merkwürdigen Arbeitswilligen Schutz am eigenen Leibe verspüren zu müssen. Das Streikpostenstehen soll und darf natürlich darunter nicht leiden, denn angehende Arbeitswillige, die auch nur einen Funken Selbstachtung und Solidaritätsgefühl besitzen, kommen oft schon durch den bloßen Anblick der Streikposten zu einer besseren Einsicht und Ueberzeugung. Mindestens ist es nicht schwer, sie von der Ausführung ihrer arbeitserfindlichen Absichten abzubringen, denn alles Gefühl für die Interessengemeinschaft ist ihnen noch nicht abhanden gekommen. Sehr häufig kommt es auch vor, daß gutgesinnte Arbeiter nur dadurch von den Unternehmern gewonnen werden konnten, indem ihnen der bevorstehende oder ausgebrochene Arbeitskampf verschwiegen oder entstellend geschildert wurde. Da wäre es ein direkter Verrät gegen alle gewerkschaftliche Regeln und Disziplin, wenn der Versuch zur Aufklärung unterbleiben sollte. Nicht umsonst erstreben die Unternehmer ein völliges Verbot des Streikpostenstehens, das ihnen ebenso erwünscht ist, wie ein Streikverbot selbst.

Es ist in der Tat eine erfreuliche Tatsache, daß die organisierte Arbeiterschaft sich durch nichts von der energischen Verfolgung ihrer berechtigten Forderungen abbringen läßt, auch nicht durch eine unnatürliche, reaktionäre und geradezu krankhafte Wertschätzung, die all die kapitalistischen und „staatsverhaltenden“ Elemente den „Hyänen des Schlachtfeldes der Arbeit“ angedeihen lassen. Im Gegenteil, die selbstsüchtigen Arbeitswilligenbestrebungen der kapitalistischen Gesellschaft sind der organisierten Arbeiterschaft ein Ansporn mehr, den Weg zur sozialen Freiheit auch weiterhin zu beschreiten, denn gerade die Begünstigung der wertvollsten und verächtlichsten Elemente ist das Eingeständnis der Arbeiterfeinde, daß die organisierte Arbeiterschaft auf dem rechten Wege ist.

## Gaukonferenz des 9. Gaues (Karlsruhe).

Am 25. und 26. Februar tagte in Karlsruhe die Gaukonferenz des 9. Gaues. Beschied war dieselbe von 34 Zahlstellen mit 41 Delegierten, die 1831 Mitglieder vertraten. Die Gaukommission war durch drei Mitglieder vertreten. Ferner waren anwesend als Gast Gauleiter Sarfert-Weinheim, ein Vertreter der italienischen Kollegen, von der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion Arbeitersekretär Willi und von verschiedenen Zahlstellen eine Anzahl Kollegen als Gäste. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Erstein, Göttingen, Madweiler, Volkstberg und Döbeln. Ins Bureau wurden gewählt die Kollegen Braun-Karlsruhe, Schäfer-Strasbourg als Vorsitzende; Lechl-Karlsruhe als Schriftführer und Wolf-Mühlhausen als Führer der Rednerliste.

Der Geschäftsbericht lag den Kollegen gedruckt vor und wurde vom Gauleiter ergänzt und erweitert auf die letzten beiden Jahre seit der vorhergehenden Gaukonferenz. Die äußere Tätigkeit in beiden Jahren wurde erledigt in 246 Veranlassungen (darunter 144 mit Vortrag), 172 Sitzungen, 65 Revisionen, 135 Verhandlungen und 82 sonstigen Handlungen. Im ganzen 695 Veranlassungen, die 435 Reisetage beanspruchten. Trotz der großen Fluktuation ist die Mitgliederzahl 1910 um 72 und 1911 um 225, zusammen also um 347 in den beiden Berichtsjahren gestiegen. Ge gründet wurden 1910 3 und 1911 5 neue Zahlstellen. Mit Rücksicht auf die große Zahl der uns im Gausgebiet noch fernstehenden Kollegen kann dies nicht als befriedigend bezeichnet werden, zeigt aber, daß wir uns, wenn auch langsam, so doch stetig vorwärts bewegen. Trotz der eifrigen Agitation im elfassischen Brauchgebiet unter reger Mitarbeit der Straßburger Kollegen konnte ein Fortschritt dort nicht erzielt werden, doch deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß es endlich auch dort möglich sein wird, festen Fuß zu fassen. Eine erfreuliche Entwicklung zeigt die Zahlstelle Karlsruhe, die heute mehr als 100 Mitglieder zählt. Notwendig ist für die Zukunft eine regere Mitarbeit der Kollegen in den verschiedenen Gebieten. Bei der Erläuterung des Massenberichts weist Braun darauf hin, daß der 9. Gau mit Rücksicht auf die geographische Lage, die schlechten Bahnverbindungen und die italienische Agitation der Postspielstätte im Verband sein wird. Lohnbewegungen fanden in den beiden Jahren statt 23, an denen 1788 Personen be-

teiligt waren. Zu Arbeitseinstellungen führten 8 der Bewegungen, während 15 auf friedlichem Wege erledigt werden konnten. Erreicht wurde 1910 für 790 Kollegen eine wöchentliche Lohnerhöhung von zusammen 1298 Mk., pro Mann wöchentlich 1.50 Mk.; 1911 für 998 Kollegen eine wöchentliche Lohnerhöhung von zusammen 2414 Mk., pro Mann wöchentlich durchschnittlich 2.40 Mk. Tarifverträge bestanden am 31. Dezember 1911 26 für 156 Betriebe mit 2088 Beschäftigten. Leider muß auch immer wieder festgestellt werden, daß der Gauleiter von den Zahlstellen in sehr vielen Fällen von untergeordneter Bedeutung herangezogen wird, die meist von den Zahlstellenverwaltungen selbst geregelt werden könnten, wodurch viel Zeit für wichtigere Aufgaben gewonnen werden könnte. In der Diskussion fand die Tätigkeit des Gauleiters allgemeine Zustimmung. Betont wurde, daß vor allem in den Bruchgebieten eine rege Agitation entfaltet werden muß mit Rücksicht auf die Konkurrenz, die von dort in Folge der niedrigen Löhne den fortgeschrittenen Orten gemacht wird. Bedauert wurde, daß die Zentralisierung trotz vorheriger Zusage einen Vertreter wegen Arbeitsüberhäufung nicht entsandt hatte.

Ueber Agitation und Organisation referierte Braun in erschöpfender und verständlicher Weise. Seit dem Bestehen der besoldeten Gauleitung stieg die Mitgliederzahl im Gau um 801. Innerhalb des Gaues stehen uns noch große Gebiete vollständig fern. Die Schwierigkeit der Agitation im Gau liegt vornehmlich in der Abwesenheit der Betriebe von der großen Verkehrswege, der Zersplitterung der Industrie in die vielen Kleinbetriebe (nach der Statistik der Berufsgenossenschaft pro Betrieb 9 Mann) und nicht zuletzt in dem schädigenden, im Gau weitverbreiteten Unterabfordantentum. Weiter sind im Gau sehr viele Italiener beschäftigt, deren Gewinnung nicht nur sehr schwierig, sondern auch außerordentlich kostspielig und zeitraubend ist. Wirklich brauchbare italienische Referenten sind nur einige wenige vorhanden, die auch von anderer Seite sehr in Anspruch genommen und schwer zu haben sind. In der Diskussion wurde betont, daß der Alkohol und die Rückständigkeit der Frauen, sowie kirchliche Einflüsse in vielen Gebieten ein großer Hemmschuh der Organisation sind.

Zum Punkt Lohnbewegungen und Tarifverträge schilderte Braun die veränderten Verhältnisse, unter denen heute unsere Kämpfe geführt werden müssen. Wenn auch die Organisation der Unternehmer im Gau erst im Entwicklungsstadium begriffen ist, so macht sich deren Einfluß immer mehr bemerkbar. Vornehmlich dort, wo wir es mit Mitgliedern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu tun haben. Nachteilig ist vor allem der Umstand, daß die Kollegen in Südwest-Deutschland die Jahre der guten Geschäftskonjunktur im Glauben an den ewigen Bestand der einstigen guten Verhältnisse unbenutzt verstreichen lassen und nun unter erschwerten Umständen das Versäumte nachholen müssen. Darauf sind auch die unglaublichen Unterschiede in den Löhnen zurückzuführen, die wir in unserm Beruf zu verzeichnen haben. Während in einzelnen Zahlstellen, die verstanden, die Zeit auszunutzen, Stundenlöhne von 90 Pfg. bestehen, haben wir Orte zu verzeichnen, wo der Stundenlohn 25 Pfg. und weniger beträgt. Redner verbreitet sich über die Maßnahmen bei Vorbereitung der Lohnbewegungen und den Inhalt der Tarifverträge. Besonders verweist er auf die Notwendigkeit einer gewissenhaften Statistik, die leider vielfach immer noch sehr steifmützlich behandelt wird. Gauleiter Sarfert ergänzt die Ausführungen in instruktiver Weise, indem er besonders darauf hinweist, daß das vielfach als Ideal geschilberte Stundenlohnsystem teilweise ärgere Mißstände hervorruft als Akkord bei vernünftiger Arbeitsweise. In der weiteren Debatte wurden die verschiedenen Lohnbewegungen der letzten Zeit behandelt und Wünsche für die Zukunft vorgebracht.

Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen für die Steinindustrie und ihre Durchführung behandelte Gauleiter Braun und gab ein Bild von den Zuständen, wie sie im Gau dank dem beharrlichen Widerstand der Unternehmer und der ungenügenden Kontrolle der Betriebe bestehen. In der Debatte gaben die Redner ein anschauliches Bild von den Verhältnissen in den verschiedenen Orten und Betrieben. Landtagsabgeordneter Willi, der den Verhandlungen als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags beizohnte, ging auf die gemachten Schilderungen des näheren ein und versicherte den Kollegen die vollste Unterstützung ihrer berechtigten Wünsche seitens der Fraktion. Die Gauleitung wurde beauftragt, sich durch Eingaben an die verschiedenen Körperschaften auch in den übrigen Bundesstaaten zu wenden, an die Landtage und die Gemeindebehörden, soweit sie als Arbeitgeber oder als Verpächter von Steinbrüchen in Frage kommen und im ähnlichen Sinne wie in Baden unsere Forderungen darzulegen.

Beim Punkt Stellungnahme zum Verbandstag wurde durch einige einleitende Bemerkungen des Gauleiters Braun auf die Aufgaben des Verbandstags hingewiesen. Von den Zahlstellen waren eine Reihe von Anträgen gestellt worden, die Gelegenheit geben sollten, einen gegenseitigen Gebanenaustausch über die verschiedenen Fragen herbeizuführen. Vornehmlich war es die Frage der Erwerbslosenunterstützung und die Erweiterung der Krankenunterstützung. Die Mehrheit der Konferenz war trotz aller Anerkennung der Notwendigkeit der Erwerbslosenunterstützung der Meinung, daß diese mit Rücksicht auf die damit verbundene Beitragserhöhung nicht durchführbar ist.

## Von der Entwicklung des Bauwesens.

III.

### Die Baukunst der Römer.

Als die nächsten Erben der griechischen Baukunst können die Römer angesehen werden, die etwa um 750 v. Chr. als kleiner Stadtstaat in die Weltgeschichte eintraten. Schon lange vorher hatten die Etrusker, die damals das heutige nordwestliche Italien bewohnten und die sich zur Zeit der ersten römischen Könige einen mächtigen Staat geschaffen hatten, ein eigenes Bauwesen ausgebildet, in dem der Rundbogen die entscheidende Rolle spielte. Es ist möglich, daß sie ihn nicht selbst erfunden haben, sondern daß sie schon in frühester Zeit durch die Phönizier mit den assyrischen Vorbildern bekannt geworden sind. Aber jedenfalls waren sie die ersten, die ihn konsequent zur Anwendung gebracht und die allmählich ein besonderes Bauwesen nach ihm ausgebildet haben. Zwar Prachtbauten haben sie nie geschaffen; ihre baukünstlerische Tätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf Entwässerungsanlagen sowie Kanal- und Brückenbauten; aber nichtsdestoweniger haben sie durch die Einführung des Gewölbes, der später zu riefiger Entwicklung gebracht wurde, die Baukunst nicht weniger als selbst die Griechen beeinflusst. Als die Etrusker am Anfange des fünften Jahrhunderts von den aufstrebenden Römern besiegt waren, verschwanden sie völlig aus der Weltgeschichte und überließen die weitere Entwicklung ihrer Baukunst den Römern. Diese fanden bei ihrer kriegerischen Tätigkeit und ihrem Streben nach Weiterentwicklung zur Entwicklung einer römisch-nationalen Baukunst zunächst keine Zeit, sondern beschränkten ihre baukünstlerische Tätigkeit ebenfalls lange Zeit hauptsächlich auf die Anlage von Straßen, Lössen, Brücken, Viadukten, Wasserleitungen und Festungen, von denen heute noch manche erhalten sind. Erst als die griechische Kultur von den griechischen Kolonien in Süditalien und Sizilien auch auf Rom übertragen wurde und die Macht und der Reichtum der jungen Republik gewaltig wuchs, wachte sich das Bedürfnis nach künstlerischer Ge-

staltung des Bauwesens bemerkbar. Als die Römer um die Mitte des zweiten Jahrhunderts die Griechen besiegten und ihr Land zur römischen Provinz gemacht hatten, übernahmen sie mit der griechischen Religion und Kultur auch die griechische Baukunst, die sie in Rom selbst wie in Griechenland nochmals zu schöner Blüte brachten.

Aus dem griechischen und etruskischen Bauwesen entwickelten die Römer mit der Zeit den spezifisch römischen Baustil, der im Grunde genommen nur eine Verschmelzung des etruskischen Bogen- und Gewölbes mit dem griechischen Säulnbau ist. Dabei begünstigte die Römer mit der schlichten natürlichen Einfachheit und klassischen Formensprache der griechischen Architektur bald nicht mehr; die Pracht und der Glanz, die besonders während der späteren Kaiserzeit das ganze Leben der so rasch zur Welt Herrschaft gekommenen Nation beherrschte, mußten notwendigerweise auch in der römischen Baukunst, an den Tempeln, Basiliken, Thermen, Ehrensäulen, Triumphbögen, Prachtvillen, Palästen und Theatern zum Ausdruck kommen. Das führte dazu, daß die Römer an ihren Bauten das technische Prinzip, den logischen Aufbau bald vernachlässigten, daß sie weniger Wert auf die Reinheit ihrer Formen als auf eine möglichst wirkungsvolle Entfaltung äußerer Glanzes und blendender Pracht legten, die sie durch allerlei dekorative Zutaten und Verzierungen zu erreichen suchten. Satten die Griechen z. B. Säulen nur dort verwendet, wo solche etwas zu tragen hatten, wo sie also wirklich verwendet waren, so verwendeten die Römer Säulen auch als Schmuckstücke an sonst völlig fertigen Fassaden, wo sie nichts zu tragen, sondern nur die Pracht der Architektur zu erhöhen hatten. Demselben Zweck dienten im Innern der Bauten die herrlichen Fußbodenbeläge und Wanddekorationen. Von den drei griechischen Säulenordnungen wurde die korinthische mit Vorliebe verwendet, da sie der Prachtliebe der Römer am meisten entsprach. Neu ist bei den Römern die Einteilung der Geschosse und die Durchführung der dazwischenliegenden Gesimse, und neu ist insbesondere der den Etruskern entlehnte Bogen-, Gewölbe- und Kuppelbau, bei dessen Anwendung man außerordentlich große Flächen überdecken

konnte, ohne auf die raumwegnehmenden Tragbalken und Säulen angewiesen zu sein. Der um 25 n. Chr. erbaute Pantheon in Rom, dessen Kuppel eine lichte Weite von nicht weniger als 43,5 Meter hat, ist dafür ein deutlicher Beweis.

Es bleibt uns nun noch übrig, auch den griechischen und römischen Wohnungsbau kurz zu streifen. Nach den noch vorhandenen Ueberresten zu urteilen, läßt sich sagen, daß er viel leichter und luftiger war — und bei dem milden südlichen Klima auch sein konnte —, als er in den nördlichen Ländern ist. In Griechenland wie in Rom gruppierten sich die Zimmer um große höfartige und oben offene Räume, durch die der Rauch abzog und durch die die Bewohner Luft und Licht bekamen. Während zur Zeit der größten Blüte Griechenlands selbst die reichsten Griechen auf die Ausstattung der Wohnhäuser nur recht geringen Wert legten, weil sie selbst fast den ganzen Tag auf dem Markt, in den Palästen, im Theater oder Gerichtshof verbrachten, waren die Wohnhäuser der Reichen in der späteren Zeit, als deren Interesse am öffentlichen Leben nachließ, oft nicht weniger prächtig als selbst die hellenischen Göttertempel. Daß die stolzen, prachtliebenden Römer den Griechen in der Ausstattung der Wohnräume nicht nachstanden, ist selbstverständlich. Die Wände in den Palästen der Reichen wurden mit kostbaren bunten Marmorplatten aus den Brüchen Afrikas und Griechenlands belegt, die Fußböden erhielten prächtige Mosaikbilder und die Decken kunstvolle Eisen- oder Holzmalereien. Wer sich diese natürliche Pracht nicht leisten konnte, der suchte sie wenigstens durch bemalten Stuck und andre Mittel künstlich nachzuahmen, ähnlich wie das ja auch heute noch üblich ist. — Auch das Heizwesen kannte man im alten Rom schon, wobei sich bereits die gleichen Schäden zeigten, wie man sie heute in unsern Großstädten beobachten kann. So türmte man, um hohen Heizgenuss zu erhalten, möglichst viele Stöckwerke aufeinander, bis der Kaiser Augustus verbot, höher als 24 Meter zu bauen, da infolge schlechterer Materials Eintürze keineswegs selten waren.

Unter Anträgen der Zahlstellen wurde ein Antrag angenommen, die von der Gewerkschaft gewährten Tagesbesoldungen von 6 auf 8 Mk. zu erhöhen. Gauweiler Braun wandte sich entschieden gegen die Erhöhung, deren Berechtigung er anerkannte aus langjähriger eigener Erfahrung, aber die Rücksicht auf unsere Verhältnisse verbiete uns die Erhöhung. Weiter wurde beschlossen, daß Zahlstellen, die noch nicht ein Jahr bestehen, die vollen Delegationskosten aus der Gewerkschaftsliste erst erhalten.

Damit hatten die Arbeiten der Konferenz ihre Erledigung gefunden. Gauweiler Braun faßte das Resultat kurz zusammen und forderte die Delegierten auf, im Sinne der gefassten Beschlüsse nach Rückkehr in ihre Zahlstellen tätig zu sein und für die Ausbreitung und Festigung der Organisation zu wirken.

Mit der Gauweiler Konferenz war eine Ausstellung von Mustersteinen der verschiedenen Materialien verbunden, die seitens der Delegierten allseitige Beachtung fand. Es waren Muster ausgestellt: Marmor 124, Sandstein 120, Kalkstein 72, Granit 72 und Kunststeine und Imitationen 20.

Karlruhe. Joseph Berchl.

## An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Auf Beschluß des Unternehmerversbands deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatorenrechner wegen Löhndifferenzen die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Teltow einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, so lange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig gemordet waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Isolatorenrechner des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die bestreikte Firma in den andern Isolatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Isolatorenrechner bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Gießschirrfabrikation und gehören der Unternehmerversbandsvereinigung der Gießschirrfabrikanten an. In den Gießschirrfabriken dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen; es wurde also weiter gearbeitet. Trotzdem mißte sich der Unternehmerversbandsvereinigung der Porzellanfabrikanten in den Streik und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach 8 Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und die für eine Woche mit dem vollen Durchschnittsverdienst entschädigt werden sollen, wenn sie einen Revers unterschreiben, daß sie niemals dem Verband der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verband der Porzellanarbeiter bleibt angehängt dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterfütterung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch

### Vornahme allgemeiner Sammlungen

zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufgebrauchten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin oder direkt an Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelsufer 14/16.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einzahlung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die

volle Adresse vordruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgehandelt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einbringen — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell auszuhandigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im Korrespondenzblatt quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO. 16, Engelsufer 15, 29. Februar 1912.  
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Regien.

## Korrespondenzen.

Baugen. Am 16. Februar fand wiederum eine Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern statt. Der Leiter der Verhandlung, Herr Holzammer, erklärte, daß auf Beschluß der Unternehmerversammlung noch einmal eine Zulage von 5 Pfg. pro Quadratmeter Keilsteine gewährt werden soll. Hinsichtlich sollen nur für bestreikte Keilsteine 10 Pfg., für halbbestreikte 5 Pfg. mehr wie im Tarif vorgehoben, gezahlt werden, außerdem 5 Prozent für den gesamten verdienten Lohn. Dieses soll als Entschädigung für Werkzeug und Schärfe gelten. Die Auszahlung der Prozente jedoch solle erst halbjährlich geschehen und als eine Belohnung oder Prämie für ausdauernde Arbeitsleistung bei einer Firma angesehen werden. Denn wohlgerne, derjenige Arbeiter, der vor dieser Zeit das Arbeitsverhältnis löst, erhält diesen Teilbetrag des Verdienstes nicht. Das wäre nun das äußerste, was die Herren tun könnten und es läge nun nach Meinung der Unternehmer kein Grund mehr vor, der der Annahme des Tarifs entgegenstehe. Nach Lage der Verhältnisse könnten die Arbeiter auf etwas Derartiges nicht eingehen, denn die Stellung der Position ist so kompliziert, so daß sich bei verschiedenen Kollegen Reduktionen zeigen würden. Andererseits wollen die organisierten Arbeiter keine Prämien und Vergleichen, sondern nur ihren wohlverdienten Lohn, der ihnen zusteht. Die Arbeiter verlangen entweder einen festen Prozentfuß, der dementsprechend den Anstieg der Löhne für Werkzeug und Schärfe bringt und jede Lohnzahlungsperiode ausbezahlt wird. Oder es wird das Werkzeug und die Schärfe wie bisher von der Firma frei geliefert. Denn eine Lohnreduzierung bei den jetzigen hohen Brot- und Lebensmittelpreisen kann sich der Arbeiter nicht zumuten lassen. Durch die famose Auszahlungsweise der Prämien könnte ein Kollege seine Stelle überhaupt nicht mehr wechseln. Es ist einfach empörend, daß sich die Herren erlauben, daß wir die Prämien erst halbjährlich erhalten sollen. Die Unternehmer hatten zu dieser Verhandlung drei unorganisierte Kollegen bestellt. Diese Leute waren sehr angetrunken. Die Organisationsvertreter lehnten es ab, mit derartigen Leuten zu verhandeln, um so mehr, da einer von ihnen das Wort ergriff und recht provokatorisch auftrat. Es wurde darauf von Herrn Holzammer erklärt, er wolle mit diesen Leuten auch verhandeln. Die Organisation und der Verband solle hierbei gar nicht in Frage kommen. Daraufhin konnten die organisierten Kollegen nicht weiter verhandeln. Es wurde der Saal verlassen. Nun blieben noch die drei oben erwähnten Leute mit den Unternehmern allein. Wenn sich ein organisierter Arbeiter bei den Verhandlungen im betrunkenen Zustande eingefunden hätte, da hätten uns die Herren Unternehmer sicherlich scharfe Bormärse gemacht. Und diese Bormärse wären sicherlich nicht zu entkräften gewesen. Wir haben kein Wort gehört, daß sich die Herren über dieses verwerfliche Benehmen der betrunkenen Unorganisierten aufgehalten hätten. Oder war ihnen eine solche Provokation etwa gar erwünscht. — Wenn die Unternehmer wollen, ist eine Einigung schnell möglich, aber auf Prämienangehörigen lassen wir uns nicht ein.

Einbed. Im hiesigen Kalkwerk legten wegen Löhndifferenzen 42 Brucharbeiter die Arbeit nieder. Die Arbeiter haben hier Gruppenarbeit, aber keiner weiß, was er verdient und zu beanspruchen hat. Alle 14 Tage erhalten sie eine Kleinigkeit in die Hand gedrückt, die auf die geleisteten Arbeitsstunden berechnet, je nach der Jahreszeit zwischen 27 und 30 Pfg. pro Stunde wechselt. Da die Arbeit in dem Kalksteinbruch den Bitterungseinflüssen ausgesetzt ist, beträgt der durchschnittliche Wochenlohn 15 Mark. Daß ein solcher Verdienst selbst zu der dürftigsten Existenz einer Arbeiterfamilie nicht ausreicht, bedarf wohl keines Beweises. Nur durch die Mitarbeit der Frauen war es den Arbeitern seither möglich, sich einigermaßen recht und schlecht durchzuschlagen. Die Arbeiter fordern deshalb einen Stundenlohn von 35 Pfg. Der Besitzer des Werkes kränkt sich aber, diese bescheidene Forderung zu erfüllen, und weigert sich, mit dem Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter zu unterhandeln. Die Firma gedenkt von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen.

Sagerberg. Wiederum ist die Laune der Kollegen in hiesiger Zahlstelle zutage getreten. Die Kollegen finden es nicht einmal der Mühe wert, die Monatsversammlungen zu besuchen. Rückstände sind ebenfalls zu verzeichnen. Polier Heinrich und sein Bruder würden auch besser tun, wenn sie für die Kantine und für die Einzahlung der Bundesratsverordnung besser sorgen würden, als Gegenagitation zu betreiben. Auch soll das den meisten Kollegen verhaßte Prämien-system eingeführt werden. Unsere Kollegen in Baugen, Strehlen

ufm. haben sich ebenfalls gegen dieses System zu wehren. Kollegen, macht nur so fort und folgt diesen beiden, dann werdet ihr sehen, wo ihr hin kommt. Kollegen, wegen einer Fickelverlosung vom Polier laßt ihr euch vom Verbands abbringen. Das stellt euch ein trauriges Zeugnis aus. Zu solchen Zwecken habt ihr Geld, aber für unsere Verbandsinteressen, da seid ihr zu nachlässig.

Hauswalde. Am 25. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die leider schlecht besucht war. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes: Als erster Vorsitzender wurde Kollege Friedrich Sanisch und als zweiter der Kollege Richard Todtermuschle und Kollege Rajch wurde als Kassierer gewählt. Als Revisoren fungieren die Kollegen Schäfer und Christoph und als Schriftführer Kollege Oskar Schäfer. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde verlesen und für richtig befunden. Den Plakatkassierern werden vom 1. Januar an 2 Prozent Entschädigung gewährt. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Sanisch und Todtermuschle bestimmt. Unter Vorsitzendem wurde von den Wählerbüchern und Gersdorfer Kollegen gewünscht, daß die Versammlungen in Zukunft in Oberheina und Möhrsdorf stattfinden möchten, was demgemäß beschlossen wurde. Ferner wurde der schlechte Versammlungsbefuch einer sehr scharfen Kritik unterzogen.

Schöft i. D. Am 25. Februar fand unsere Monatsversammlung in Sandbach statt. Dieselbe war mäßig besucht. Kollege Arnold referierte über unsere bevorstehende Lohnbewegung und gab uns Aufklärung und praktische Ratsschläge über verschiedene Punkte. Ein Schluß wurde ihm reicher Beifall gesendet. Alsdann wurde zur Gaukonferenz Kollege Hallstein bestimmt. Auf Antrag des Vorstands wird vom 1. April ab ein drücklicher Zuschlag von 5 Pfg. erhoben, um die Lokalkasse zu stärken. Zuletzt wurde die Aneuerung eines Kollegen, der dem Verbands den Rücken gekehrt hat, stark gerügt. Diefem Kollegen möchten wir empfehlen, sein Gewissen einmal gehörig zu erforschen und seine Blinde noch Sünden zu räumen und sich dann fragen, wer an dem Ruin seiner Familie schuld ist.

Leipzig. (Marmorarbeiter.) Der Tarif in der hiesigen Marmorindustrie war am 1. Februar d. J. gekündigt worden. Es haben darauf zwei Sitzungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, in der die Tarifkommission die Forderungen der Marmorarbeiter begründeten. Das Resultat der ersten Sitzung war von den Kollegen in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung als ungenügend abgelehnt worden. Am 27. Februar fand nun abermals eine Versammlung statt; in der Kollege Siebold, der an der letzten Unterhandlung teilgenommen, Bericht erstattete. Er gab ein eingehendes Bild von den Verhandlungen. Die Minimalstundelöhne erhöhen sich für Hauer ab 1. März 1912 auf 68 Pfg.; für Schleifer in derselben Zeit von 48 auf 51, auf 53 und dann 55 Pfg. Ferner fällt unter „Arbeiten außerhalb der Werkstatt“, die mit 5 Pfg. pro Stunde berechnet werden, jetzt auch das Arbeiten auf dem Friedhof und das Marmorabladen. Der Zuschlag für sogenannte Auslösung ist ebenfalls erhöht auf 1.75 Mark ohne und 3 Mark mit Uebernachtung; halbe Tage werden mit 1 Mark berechnet. Die Akkordearbeiten der Handhölzer sind fast in allen Positionen verbessert. Für Raschmenschleifer ist die Berechnung jetzt auch tariflich geregelt. Siebold bepricht nun die Situation und hält es für ausgeschlossen, durch weitere Verhandlungen ein besseres Resultat zu erzielen, und empfahl namens der Tarifkommission die Annahme des Tarifs in seiner vorgetragenen Fassung. Es entspann sich nun eine lebhafteste Debatte, in der das Für und Wider eifrig erwogen wurde. Die geheime Abstimmung ergab die Annahme gegen 3 Stimmen. Die Unterzeichnung soll nur unter der Bedingung vollzogen werden, wenn die Marmorarten Balacatta und Arabesrato einer andern Klasse zugeschrieben werden. In die laut Tarif zu wählende Schiedskommission wurden die Kollegen Siemers und Tannenberger bestimmt. Als Schriftführer wurde Sobusch gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde von einigen Kollegen der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß die Organisationsverhältnisse sich gebessert, denn alle in Leipzig beschäftigten Kollegen seien anwesend, und hoffentlich ziehen alle in Frage kommenden Kollegen aus dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch die Konsequenz. Der Kollege Peisterer suchte unter Hinweis auf die Leipziger Volkszeitung, mit den bürgerlichen Zeitungen zu Hause aufzutreten und nur die Arbeiterpresse zu unterstützen, sich im übrigen mehr an den Bestrebungen der Leipziger Arbeiterschaft zu beteiligen. Darauf war Schluß der Versammlung.

Hottendorf. In der am 28. Februar stattgefundenen Versammlung gab Kollege Seidel, den Wünschen der Versammlung Rechnung tragend, nur einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr. Gern hätte er die Lohnbewegungen ausführlicher behandelt, damit die Versammlung einen Begriff von der zu leistenden Arbeit der Vertrauensleute bekommen hätte. Von besonderem Interesse war die Bewegung in dem Granitwerk von Rell u. Co. Wir mußten die bedauerliche Erfahrung machen, daß das Gewerbegericht nicht das Beständnis zeigte; warum auf einmal die dort arbeitenden Kollegen von ihrem bestehenden Tarife 7 Prozent fahren lassen sollten. Nur durch eigne Hilfe war es möglich, den Tarif in seiner alten Form wieder zur Anerkennung zu bringen. Kollege Ernst gab den Kasfenbericht, und nachdem ein Punkt, welcher manchem Kollegen Anlaß zur Kritik gegeben hatte, näher detailliert worden war, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt, worauf beide Vertrauensleute wieder einstimmig gewählt wurden. Als Vorstandsmitglieder werden gewählt: (Steingewinnung) Reichsh, Heinrich Göbel, Hergesell; (Steinbearbeitung) Schneider und Wend. In das Gewerkschaftskartell wurde Ritschner, Hofmann, Mattuschka und Wolf gewählt. Zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Ritschner und Reichsh gewählt. Bei der Mitteilung des Kollegen Seidel, daß der Normaltarif erst am 11. März in Kraft trete, wurde von der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Berichte in der Presse nicht klar gegeben seien. Verwundert sind die Kollegen vor allem, daß in unserer Fachzeitung von dem sehr weichen Coltaer Sandstein geschrieben wurde. Die hiesigen Steinmetzen, fast ohne Ausnahme, können durchaus nichts von sehr weich verspüren und empfehlen dem Tarifrichtschreiber, bei Gelegenheit unser Material in Augenschein zu nehmen. Von den Kollegen der Steingewinnung wurde betont, daß sie in den gemeinschaftlichen Versammlungen zu wenig berücksichtigt würden und nur die Steinmetzen das Wort hätten. Bei einer Versammlung mit einer derartigen Tagesordnung sind doch wohl beide Teile in gleichem Maße interessiert und hat jeder nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, seine Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Von der Versammlungsleitung wird stets unparteiisch gehandelt werden.

Wilsenroth (Westerwald). In Nr. 8 des „Steinarbeiter“ befindet sich ein Artikel, angeblich von einem „Bruchmeister“ herkommend, daß der Verein der Privatbeamten für die Steinbruchs-, Sand- und Tonindustrie sich zur Aufgabe gemacht hätte, die Kipper, die sich durch irgendein nicht gerade verständiges Benehmen bei ihrem Austritt aus der Arbeit, was zuschulden kommen ließen, dieses gleich den gesamten Mitgliedern bekannt zu geben. Dazu sei bemerkt: Es wurde bei einer Zusammenkunft von einem unserer Mitglieder die Frage aufgeworfen, ob nichts dagegen zu machen sei, daß die Kipper der Arbeiter, wie sie hier herrscht, aufhöre, was von allen Kollegen verurteilt wurde, aber auch gleichzeitig von allen anerkannt, daß keinem Arbeiter Schwierigkeiten gemacht werden dürften, wenn er seine Arbeitsstelle wechselt. Hochachtungsvoll Verein der Privatbeamten für die Steinbruchs-, Sand- und Tonindustrie. Jaf. Wilhelm, Schriftführer.

Unerkennung. Die Zeitschrift besagt also, daß man sich wegen des Arbeitermehrs unterhalten hat und daß es verurteilt wurde, wenn sich die Kipper usw. eine andere Arbeitsgelegenheit suchen. Nur wird beschönigend hinzugefügt, daß über die Sache ein Beschluß nicht gefaßt wurde. Wenn die Bruchmeister beispielsweise ihre Stellung wechseln wollen, so kümmern sich darüber die Arbeiter nicht im geringsten. Und so möchten es auch die Bruchmeister in ihren Vereinen in Zukunft halten.

## Das Kind der Magd.

Ein Sittenbild vom Lande.

Vom Schwurgericht Dessau wurden Vater, Mutter und Sohn der Bauernfamilie Krause in Lupo wegen Verleitung zum Weineid zu 3 bzw. 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Dessau schreibt man der „Berliner Volkszeitung“: In Lupo im Anhaltischen, einem Dorfe mit gutsituiertem Bauernbesitz, hat sich ereignet, daß eine Magd ein Kind bekam. Diesmal war es kein Knecht, auch kein Inspektor oder Verwalter, sondern der Sohn des Hauses. Verdammte Geschichte! Die Magd ist da, das Kind auch, aber der Vater — nein, der Vater darf nicht offenbar werden. Und wenn man irgendeinen unschuldigen Dritten zum Vater suchen und dingen sollte.

Zunächst wird alles abgestritten. Der sittliche Ruf der Magd wird als abgrundschlecht dargestellt. Siebzehn, sage und schreibe: siebzehn Personen gabelt das würdige Bauernhaus auf, die Bekunden sollen, daß sie mit der verderbten Magd in Umgang gestanden hätten. Indes: sie versagen. Keiner von den siebzehn will sich gegen sein Gewissen hergeben.

Da muß also härter angezogen werden. Eine schöne, schuldenfreie Wirtschaft, zehntausend Mark in Barvermögen: da kann man sich die Abstreitung der Vaterhaft schon etwas kosten lassen. Und es findet sich einer, ein Knecht, den die blanke Later lockt. Mutter und Sohn des Bauernhofes nehmen ihn energisch in Bearbeitung. Mit einigen guten Frühstücksmahlzeiten, mit der Aussicht auf den Erhalt blauer Scheine wird ihm beigebracht, daß er, „damit die Wahrheit ans Licht komme“, Umgang mit der Magd befinde und den Bauernhofen erlösen muß. Es schwört sich aber nicht so leicht ein Weineid, auch für ein einseitiges Gemüt nicht. Also muß dem Schwurwilligen bis zum Termin ständig zugeführt werden. Noch ein Zwanzigmarsch, noch drei blanke Later und dann am Terminstage noch einen ordentlichen Frühstückstoppchen zur Verstärkung: so wird das Opfer häuslicher Ehr- und Sittlichkeitsanschauung — die agrarische Presse nennt das den „deutschen Familiensinn“ — von Mutter und Sohn des Bauernhofes zum Teufel geschleppt. An der Tür

des Verminzimmers noch eine letzte kräftige Rückenstreichung: der Gedungene schwört sich zum Beischläfer, der Sohn des Hauses ist aller Pflichten frei, die Ehre des Bauernhofes ist gerettet.

Kein Federlesens nun weiter mit der Magd! Sie wird mit ihren Alimentationsansprüchen abgewiesen und steht abendrein als Dirne entlarvt da.

Aber sie habens zu eifrig getrieben, Mutter und Sohn des Bauernhofes, auf der Suche nach dem Vater. Ein zweiter Knecht wendet sich, der gedungen werden sollte, der aber trotz seiner Vermeidlichkeit die bezahlte Lüge ablehnte. Und bald kommt ans Licht, daß auch der entlastete Schwurzeuge bezahlt war.

Da muß nun der Staatsanwalt heran. Und er greift erfreulich entschlossen ein. Vater, Mutter und Sohn des Bauernhofes kommen in Untersuchungshaft. Mit den durchsichtigsten Ausflüchten versuchen sie ihr Verbrehen an dem verleiteten Knecht zu bestreiten, mit verzweifelter Anstrengung versuchen sie, die Magd als verderbt und unglaubwürdig hinzustellen — es hilft nichts. Der Weineidverleitere selbst bequemt sich zum Geständnis, auch der Bauer wagt nicht mehr zu streiten, und so vermögen Mutter und Sohn die „Ehre“ des Hauses nicht mehr zu retten. Drei Jahre Zuchthaus für die Mutter als das treibende Element, je zwei Jahre Zuchthaus für Vater und Sohn, und schließlich noch ein Jahr Zuchthaus für den verleiteten Knecht, den man als den verhältnismäßig Harmlosesten mit der Mindeststrafe davonkommen läßt: das ist das Ende der Tragödie, die auf Ehr- und Moralbegriffe einer wohlunterrichteten Bauernfamilie ein gar häßliches Licht wirft.

Und die Magd? Sie hat ihr Kind, aber sie hat nun auch einen Vater für ihr Kind, der seinen billigen Verpflichtungen nachkommen muß. Um diese lumpige Zahlungspflicht aber und um das Eingekündnis der Vaterhaft vier Menschen ins Zuchthaus! Die Agrarier schimpfen auf die Großstädte als die Brutstätten aller Lasten. Auf dem Lande allein leben die Menschen im Stande der Unschuld. Auf dem Lande allein wohnt noch deutsche Zucht, deutsche Ehrbarkeit, deutsche Sitte. Auch diese wohlhabende Zuchthausfamilie darf nach dem Willen der Agrarier nicht zur Erbschaftssteuer herangezogen werden. Der „deutsche Familiensinn“ könnte darunter leiden. . . .